

**Antragsbuch
für die Hauptversammlung
der PIRATEN Oberhavel
am 22.03.2014
im Bürgerzentrum Oranienburg**

Albert-Buchmann-Straße 17

16515 Oranienburg

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
Antrag 2014-001	6
I. Bürgerbeteiligung	6
I.1. Einführung von Bürgerhaushalten	6
I.2. Mehr direkte Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene	6
I.3. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum	7
I.4. Bürgerbeteiligung durch Online – Petitionen.....	7
II. Moderner Staat	8
II.1. Politik 2.0 - Aufbau neuer Strukturen zur Verbesserung der Demokratie	8
II.2. Öffnung von Staat und öffentlicher Verwaltung - Open Government.....	8
II.3. Freie Verfügbar- und Nutzbarkeit öffentlicher Daten - Open Data.....	8
II.4. Förderung von eGovernment – Projekten	9
III. Kommunales	10
III.1. Regionale Entwicklung im Kreis Oberhavel	10
III.2. Entwicklung von Städten und Gemeinden im Kreis Oberhavel	11
III.3. Zusammenschluss kommunaler Körperschaften	11
IV. Verkehrskonzept	13
IV.1. Verkehrspolitik im Kreis Oberhavel.....	13
IV.2. Einsatz energiesparender Straßenbeleuchtung im Kreis Oberhavel	15
V. Wirtschaft und Finanzen	16
V.1. Öffentliche Haushalte	16
V.2. Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt.....	17
V.3. Transparente und innovative Wirtschaftspolitik	17
V.4. Breitbandversorgung.....	18
V.5. Nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik.....	19
VI. Bildungspolitik	20
VI.1. Frühkindliche Bildung.....	20
VI.2. Die öffentliche Bildungsinfrastruktur.....	20
VII. Kultur und Gesellschaft	22
VII.1. Förderung von Kulturangeboten.....	22
VII.2. Ausstieg aus der Radikalisierung.....	22

VIII. Wir benötigen einen Kampagnennamen	23
Antrag 2014-002	24
Bürgerbeteiligung in Oberhavel	24
Einleitung.....	24
Bürgerbeteiligung statt Basta-Politik	24
Bürgerbeteiligung durch Information, Rede- und Vorschlagsrecht	24
Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide	25
Bürgerbeteiligung durch Online–Petitionen	25
Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlungen.....	25
Einführung von Bürgerhaushalten	25
Antrag 2014-003	27
Öffentlichkeit der Verwaltung.....	27
Freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit öffentlicher Daten	27
Flächendeckende Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung.....	28
Antrag 2014-004	29
Flüchtlinge menschenwürdig behandeln	29
Bargeld statt Gutscheine für Flüchtlinge.....	29
Menschenwürdigen Wohnraum auch für Flüchtlinge	29
Antrag 2014-005	30
Regionale Entwicklung im Kreis Oberhavel.....	30
Antrag 2014-006	32
Unser Verkehrskonzept für mehr Mobilität.....	32
Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs steigern	32
Radwege gemeinsam planen	32
Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr	32
Unterstützung der Bürgerbewegungen für Ortsumgehungen der B96	33
Kreisverkehr und Fußgängerüberwege.....	33
Einführung von Gemeinsam Genutzten Verkehrsräumen	33
Einsatz energiesparender Straßenbeleuchtung.....	33
Antrag 2014-007	34
Für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik	34
Öffentliche Ausgaben wohl überlegen und auf Einnahmen nicht verzichten.....	34
Nutzung von freier Software in der öffentlichen Verwaltung.....	34

Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt	34
Innovative Wirtschaftspolitik	35
Transparente Wirtschaftspolitik.....	35
Breitband-Internet als wichtige Grundversorgung	35
Nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik.....	36
Antrag 2014-008	37
Bildung als Zukunftsinvestition	37
Stopp von Schulschließungen im ländlichen Raum.....	37
Schulangebote müssen erreichbar sein, Fahrtzeiten gering.....	37
Sozialarbeiter und Stützpädagogen gehören zum festen Personal	38
Selbstbestimmte Schulen	38
Antrag 2014-010	39
Landwirtschaft in Oberhavel	39
Antrag 2014-011	40
Situation der Landwirtschaft in OHV aus Sicht der Piraten:.....	40
Antrag 2014-009	42
Satzungsänderungsantrag	42

Vorwort

Die folgenden Seiten enthalten alle Anträge, die fristgerecht eingereicht wurden.

Sie werden der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt

Die Anträge 2, 3, 5, 6, und 7 basieren ganz oder teilweise auf dem Antrag 1 und können dem entsprechend als konkurrierende Anträge abgestimmt werden.

Die Anträge 1 bis 8, 10 und 11 betreffen die kommunalpolitische Ausrichtung der PIRATEN Oberhavel.

Antrag 9 ist ein Satzungsänderungsantrag.

Glienicke, den 28.02.2014

Im Auftrag



Thomas Bennühr

Piratenpartei Brandenburg

Vorsitzender Kreisverband Oberhavel

Antrag 2014-001

Es wird beantragt, dass nachfolgend aufgeführte Kommunalwahlprogrammpunkte der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Aus Vereinfachungsgründen wurden die Programmpunkte zusammengefasst. Es wird beantragt, dass jeder Punkt und jedes Modul einzeln abgestimmt wird. Sollte die Hauptversammlung einzelne Programmpunkte mit mehreren Modulen zusammen abstimmen wollen, so ist das im Sinne des Antragstellers.

I. Bürgerbeteiligung

I.1. Einführung von Bürgerhaushalten

Die aktive Bürgerbeteiligung ist eines unserer Hauptanliegen. Deshalb fordern wir die Einführung von Bürgerhaushalten sowohl in den Städten und Gemeinden des Kreises als auch im Kreis selber.

Begründung

Ein echter Bürgerhaushalt ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bürger/innen über den Einsatz von Haushaltsmitteln für freiwillige Aufgaben direkt mitbestimmen können. Hierzu müssen die Bürger/innen zunächst über die Haushaltssituation und den Haushaltsplan informiert werden, z.B. in Form eines lesbaren Haushaltes und auf Informationsveranstaltungen. Es muss in einer für Laien verständlichen Form dargestellt werden

- welche Mittel aus welchen Quellen zufließen,
- welche Pflichtaufgaben wie viel Geld kosten und
- wie viel Geld für freiwillige Aufgaben zur Verfügung steht und wie dieses eingesetzt werden soll

Daran anschließend können die Bürger/innen Vorschläge zur Verwendung der freien Mittel unterbreiten und diese öffentlich diskutieren. Dazu eignen sich öffentliche Veranstaltungen (z.B. Stadtteilversammlungen), ein Internetportal und Sammelstellen in öffentlichen Einrichtungen. Die Verwaltung nimmt zu den gemachten Vorschlägen öffentlich Stellung und schätzt Machbarkeit, Kosten und Nutzen ein, bevor sie mit der Umsetzung beginnt. Am Ende der Haushaltsperiode legt die Verwaltung öffentlich Rechenschaft ab. Hierbei muss sie begründen, wenn und ggf. warum einzelne Vorschläge nicht umgesetzt worden sind.

I.2. Mehr direkte Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Präambel

Wir setzen uns für mehr direkte Bürgerbeteiligung auch auf der kommunalen Ebene ein. Mögliche Felder für Bürgerbeteiligung sind Stadtentwicklungskonzeption, Flächennutzungsplan, Landschaftsplan, Verkehrsentwicklungsplan, Bebauungspläne, Einzelprojekte (z.B. Straßenbau, Grünflächen, öffentliche Einrichtungen), allgemeines Satzungsrecht, allgemeines Verwaltungshandeln. Der Prozess einer solchen Bürgerbeteiligung kann analog zum Bürgerhaushalt sein.

a) Modul 1 -Bürgerbeteiligung durch Information-

Wir fordern, dass die Kommune in öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen über die Ist-Stände und die aktuellen Planungen informiert und Bürger /innen diese öffentlich diskutieren sowie Vorschläge unterbreiten können. Die Kommune nimmt daraufhin zu den Vorschlägen Stellung und legt am Ende des Haushaltsjahres Rechenschaft ab, ob und wie Vorschläge realisiert werden konnten.

b) Modul 2 -Rederechte in Ausschusssitzungen-

Um die Beteiligung der Bürger/innen auf allen Ebenen der Kommunalpolitik zu gewährleisten, fordern wir ein Rederecht der Bürger/innen in allen Ausschusssitzungen der Kommunalparlamente.

c) Modul 3 –Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide-

Wir fordern eine direkte Bürgerbeteiligung durch die Einführung von Bürgerentscheiden. Dies in einem ersten Schritt besonders bei Investitionen, welche Kreis oder Kommunen mit einem erheblichen finanziellen Risiko belasten oder diese in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen maßgeblich beeinflussen.

I.3. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Wir stehen für gleiche Chancen und Möglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von evtl. bestehenden Einschränkungen. Hierzu müssen auch Menschen mit verminderter Mobilität oder Behinderungen die Gelegenheit bekommen, am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Wir fordern deshalb, alle öffentlichen Gebäude und Anlagen barrierefrei zu gestalten. Für neue Bauvorhaben muss dies direkt in der Planung berücksichtigt werden. Für Altbestände soll nach entsprechenden Möglichkeiten der Nachrüstung gesucht und diese umgesetzt werden.

Begründung:

Öffentliche Gebäude (z.B. Rathäuser, Ämter, Büchereien, Museen etc.), sowie öffentliche Anlagen (z.B. Sportplätze, Stadien, Parks, Bushaltestellen, Toiletten etc.) sollen von allen Bürger/innen gleichberechtigt genutzt werden können. Eine beabsichtigte Nutzung soll nicht davon abhängig sein, ob Einschränkungen oder Behinderungen bestehen oder nicht. Um eine uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen muss die Barrierefreiheit gewährleistet sein. Für Neubauten muss dies verbindlich vorgeschrieben werden. Für Altbauten muss dies nachgerüstet werden.

I.4. Bürgerbeteiligung durch Online – Petitionen

Wir möchten den Bürgern einfachere Wege ermöglichen, an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken. Dazu gehören insbesondere Onlinepetitionen, die über ein Portal – nach Vorbild des Bundestages – zum gesellschaftlichen Diskurs einladen.

Unterschriften von Mitzeichnern sollen auch online gesammelt werden können. Initiatoren mit einer signifikanten Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Kommunalparlament erhalten.

II. Moderner Staat

II.1. Politik 2.0 - Aufbau neuer Strukturen zur Verbesserung der Demokratie

Unter dem Schlagwort Politik 2.0 verstehen wir die Förderung aller Strukturen, die zu einer Verbesserung der Demokratie führen. Wichtig ist für uns die Transparenz allen politischen Handelns. Bürger/innen müssen frühzeitig informiert, eingebunden, beteiligt und gefragt werden. Betroffene Entscheidungen müssen nachvollziehbar dargestellt werden. Entsprechende Möglichkeiten sind durch das digitale Zeitalter gegeben.

II.2. Öffnung von Staat und öffentlicher Verwaltung - Open Government

Open Government ist ein Synonym für die Öffnung von Staat und öffentlicher Verwaltung gegenüber den Bürger/innen und der Wirtschaft. Ziel ist mehr Transparenz, mehr politische Teilhabe und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Regierten. Offene Informationen sind dabei eine wesentliche Grundvoraussetzung für weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Neben der reinen Information über politische Vorgänge und Prozesse geht es auch um Rechenschaft und Transparenz der Personen des politischen Geschehens.

Wir fordern eine umfassende Öffnung von Staat und Verwaltung im Sinne von Open Government und die Bereitstellung leicht bedienbarer Anwendungen und Dienste. Unser Ziel ist es, das bisherige Verständnis von und der Umgang mit Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit in Politik und Verwaltung weiter zu entwickeln.

Wir wollen eine intensivere Einbindung der Bevölkerung und eine offene Informationspolitik des Staates. Aus unserer Sicht lässt sich nur so das Vertrauen der Bürger/innen in staatliche Institutionen und in die gewählten Repräsentanten zurückgewinnen.

II.3. Freie Verfügbar- und Nutzbarkeit öffentlicher Daten - Open Data

Präambel

Offene Daten sind sämtliche und meist öffentliche Datenbestände. Vor allem handelt es sich dabei um nicht-personengebundene Informationen, die von der öffentlichen Hand erhoben werden. Diese Daten sollen im Interesse der Allgemeinheit der Gesellschaft ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden. Der Grundgedanke von Open Data ist, dass vorteilhafte Entwicklungen eingeleitet werden können, wenn Daten wie z.B. Lehrmaterialien, wissenschaftliche Publikationen, medizinische Forschungsergebnisse oder Statistiken für jedermann frei zugänglich sind.

Um dies zu ermöglichen, sind alle bereits erfassten öffentlichen Daten unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechenden freien Lizenzen zuzuführen.

a) Modul 1 -Daten der öffentlichen Verwaltung-

Datenbestände, die in den öffentlichen Verwaltungen, z.B. von Behörden oder staatlichen Instituten generiert werden, wurden im Vorfeld durch den Steuerzahler finanziert. Dadurch entsteht der Anspruch der Bürger/innen, diese Daten frei einsehen und nutzen zu dürfen.

Wir fordern deshalb, bestehende Hürden für die Einsicht und Nutzung dieser Daten abzubauen; dazu gehört unter anderem auch eine übersichtliche Darstellung der verfügbaren Datenbestände. Die Daten müssen in einem barrierefreien, allgemein maschinenlesbaren Format frei zur Verfügung stehen.

Beispielhaft aufgezählt verstehen die Piraten Oberhavel darunter unter anderem folgende Informationen:

- Rats- und Ausschussinformationen
- Unterlagen zum öffentlichen Haushalt
- Risikolandkarten (z.B. Hochwasser, Erdbeben)
- Gutachten zu lokalen Belangen (Bauprojekte etc.)
- Statistische Informationen (z.B. Demographie)

Unser Ziel ist es, durch transparente offene Daten mehr Kontrolle der Politik durch die Öffentlichkeit zu ermöglichen und eine größere Verständlichkeit von Verwaltungshandeln bei den Bürger/innen herbeizuführen.

Auch unter dem Aspekt von Open Data sind natürlich alle Bestimmungen des Datenschutzes, insbesondere bei personengebundenen Informationen, einzuhalten.

b) Modul 2 -Daten sonstiger Stellen, die durch Steuermittel mit finanziert wurden-

Häufig werden Datenbestände durch private Unternehmen in Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen generiert und somit wesentliche Teile durch Steuergelder finanziert.

Wir fordern, dass in solchen Fällen die öffentlichen Stellen schon bei der Auftragsvergabe oder Subventionszuweisung die Anwendung des Open Data Prinzips als Kriterium festschreiben.

II.4. Förderung von eGovernment – Projekten

Präambel

Nach der offiziellen Begriffsdefinition der Bundesregierung umfasst E-Government die elektronische Abwicklung der Geschäftsprozesse von öffentlicher Verwaltung und Regierung. E-Government beschreibt das virtuelle Regieren mit Hinsicht auf Service, Bürgernähe und Verwaltungsmodernisierung.

a) Modul 1: -Flächendeckende Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung-

Wir fordern, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben, in den öffentlichen Verwaltungen des Landkreises flächendeckend eine einheitliche Plattform zur digitalen Vorgangsbearbeitung einzuführen.

b) Modul 2: -Förderung von eGovernment Projekten-

Unter dem Begriff eGovernment verbirgt sich auch die digitale Bereitstellung von Dienstleistungen durch Behörden und Ämter im Internet. Unabhängig von Öffnungszeiten, ihrem jeweiligen Aufenthaltsort oder körperlichen Einschränkungen werden die Bürger/innen in die Lage versetzt, den Kontakt mit Behörden und Ämtern herzustellen und ihre Anliegen kund zu tun. Dabei sind die Sicherheits- und Datenschutzvorgaben strikt einzuhalten. Ein gläserner Bürger darf nicht entstehen. Wir fordern, das eGovernment-Angebot im Kreis Oberhavel intensiv auszubauen. Ziel ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, Amtsgeschäfte über das Internet abzuwickeln und die Bürger/innen weitestgehend von zeit- und kostenintensiven Behördengängen zu entlasten. Nur dann, wenn auf eine persönliche Übergabe eines Dokumentes nicht verzichtet werden kann, sollen die Bürger/innen weiterhin die zuständige Behörde aufsuchen müssen.

III. Kommunales

III.1. Regionale Entwicklung im Kreis Oberhavel

a) Modul 1 -Interkommunale Zusammenarbeit-

Die Piraten des Kreises Oberhavel sprechen sich für eine stärkere partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Städte und Gemeinden im Landkreis aus. Unsere Zeit ist durch hohe Ansprüche an die berufliche Flexibilität und veränderte Anforderungen durch eine zunehmend älter werdende Gesellschaft geprägt. Städte und Gemeinden haben immer größere Schwierigkeiten, ihre originären kommunalen Aufgaben finanzieren und wahrnehmen zu können. Es ist absehbar, dass dadurch mittel- bis langfristig die Grundversorgung weiter Teile der Bevölkerung im Landkreis immer weniger gewährleistet werden kann.

Wir fordern deshalb eine stärkere Vernetzung und Transparenz bei Planungsprozessen im Landkreis. Nur so lassen sich zum Nutzen aller Bürger/innen Synergieeffekte erzielen, die besonders in Zeiten knapper Kassen wichtig sind.

b) Modul 2 -Interkommunale Wirtschaftsförderung-

Anstelle eines Wettbewerbes zwischen benachbarten Städten und Gemeinden bei der Gewinnung von Investoren für Verkaufsflächen, aber auch dem Aufbau von Gewerbeansiedlungen sollte die gemeinschaftliche Planung treten. Dabei sind im Zuge des Transparenzgedankens die Bürger/innen frühzeitig und umfassend in die Planung mit einzubeziehen. Die städtebauliche Entwicklung von Bauflächen soll dabei flächen- und umweltschonend erfolgen. Raumordnungsverfahren und die Planung von Infrastrukturen dürfen nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten scheitern. Unser Ziel ist es, dass die Bedingungen und Anforderungen für ein gleichmäßiges Wachstum im Kreis Oberhavel schon bei der Planung als wesentliche strategische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

c) Modul 3 -Beitragsfreie Ganztagesbetreuung in KiTas-

Der Aufbau von Betreuungsplätzen durch die Städte und Gemeinden des Kreises Oberhavel sollte stärker gebietsübergreifend geplant werden. Ein flächendeckendes Angebot wird angestrebt, um auch in städtischen Randlagen sowie in Flächengemeinden die Attraktivität des Kreises für junge Menschen und Familien zu erhöhen.

Die Piraten des Kreises Oberhavel fordern deshalb eine beitragsfreie Ganztagsbetreuung in wohnortnahen Kindertagesstätten mit kind- und elterngerechten Öffnungszeiten für Kinder ab dem ersten Lebensjahr.

d) Modul 4 -Generationsübergreifende Attraktivität des Landkreises-

Durch die gestiegene Lebenserwartung ist auf absehbare Zeit mit einer steigenden Zahl älterer Bürger zu rechnen, denen so lange als möglich ein selbstbestimmtes Altern in Würde und einem gewohnten Umfeld zu ermöglichen ist. Die Städte und Gemeinden des Kreises Oberhavel sollten hierfür eine gemeinsame, abgestimmte und generationsübergreifende Vorgehensweise entwickeln. Unser Ziel ist es, dass der Kreis Oberhavel sowohl für junge Menschen als auch als Altersdomizil älterer Bürger/innen weiter an Attraktivität gewinnt. Neben Angeboten zur Betreuung von Kindern fordern die Piraten des Kreises Oberhavel daher auch die Förderung der mobilen Altenbetreuung sowie den Aufbau von Generationenhäusern im Kreis.

III.2. Entwicklung von Städten und Gemeinden im Kreis Oberhavel

Wir setzen sich dafür ein, der optimierten Neunutzung bereits bebauter Flächen ("Innenentwicklung") gegenüber einer Bebauung bisher naturbelassener Flächen den Vorzug zu geben. Darüber hinaus befürworten wir, rückgebaute Flächen zu renaturieren, wo immer dies möglich ist. Belange des Denkmalschutzes sind bei geplanten Neunutzungen oder Umstrukturierungen insbesondere öffentlicher Gebäude unter größtmöglicher Beteiligung der Bürger zu beachten.

Unser Ziel ist es, dass die Städte und Gemeinden des Kreises Oberhavel lebenswert bleiben und das Umland als intakte Kulturlandschaft erhalten wird.

III.3. Zusammenschluss kommunaler Körperschaften

Wir unterstützen den freiwilligen Zusammenschluss von Ämtern, Gemeinden und Städten zu größeren Verwaltungseinheiten.

Um die notwendige Akzeptanz zu schaffen und die Bürgernähe von Politik und Verwaltung zu stärken, fordern wir jedoch im Rahmen eines Zusammenschlusses folgende Eckpunkte umzusetzen:

- Politik, Verwaltung und Bürger/innen zeigen in einem transparenten Verfahren die Vor- und Nachteile des angestrebten Zusammenschlusses auf. Die endgültige Entscheidung über einen Zusammenschluss liegt bei den betroffenen Bürger/innen. Sie wird durch einen Bürgerentscheid herbeigeführt.
- Überzähliger Rathäuser werden in Bürgerbüros umgewandelt
- Vorhandene elektronische Dienstleistungsportale der Verwaltung werden ausgebaut
- Nicht digital nutzbare Serviceangebote der Verwaltung werden kurzfristig so weit wie möglich in die elektronischen Dienstleistungsportale integriert
- Bis zum vollständigen Ausbau der Dienstleistungsportale stellen die Gemeinden, gegebenenfalls in Kooperation mit dem Landkreis, mobile Bürgerbüros zur Verfügung
- Durch die Einführung von Bürgerhaushalten, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden werden die Bürger/innen im Rahmen der direkten Demokratie vermehrt an Entscheidungsprozessen beteiligt.
- Eingesparter Verwaltungskosten werden für Gebührensenkungen, z.B. Abschaffung Kitagebühr, für Investitionen in die kommunale Infrastruktur oder zum Abbau von Neuverschuldung eingesetzt.
- Durch anfallende Synergieeffekte können bei Zusammenschlüssen freie Ressourcen auf allen Verwaltungsebenen entstehen. Wir sprechen uns eindeutig gegen betriebsbedingte Entlassungen aus. Niemand darf infolge von Zusammenschlüssen seinen Arbeitsplatz verlieren. Die Zielerreichung darf jedoch durch sozialverträgliche Maßnahmen (z.B. keine Stellennachbesetzung, Arbeitsplatzwechsel) angestrebt werden.

Begründung:

Viele kommunale Körperschaften sind heute bereits viel zu klein und vor allem aus eigener Kraft wirtschaftlich nicht überlebensfähig.

Der demographische Wandel wird diese Situation, insbesondere in den berlinfernen Regionen von Oberhavel noch verstärken. Wir wollen die damit einhergehenden Probleme nicht vor uns herschieben bis am Ende andere über unsere Zukunft entscheiden.

Durch anfallende Synergieeffekte können bei Zusammenschlüssen freie Ressourcen auf allen Verwaltungsebenen entstehen. Wir sprechen uns eindeutig gegen betriebsbedingte Entlassungen aus. Niemand darf infolge von Zusammenschlüssen seinen Arbeitsplatz verlieren. Die Zielerreichung

Klarmachen Zum Ändern



darf jedoch durch sozialverträgliche Maßnahmen (z.B. keine Stellennachbesetzung, Arbeitsplatzwechsel) angestrebt werden.

IV. Verkehrskonzept

IV.1. Verkehrspolitik im Kreis Oberhavel

a) Modul 1: -Grundsätze der Verkehrspolitik-

Verkehrspolitik bedeutet für die Piratenpartei, jedem Menschen die größtmögliche Mobilität zu ermöglichen. Das Recht auf Mobilität ist unabhängig davon, ob der Mensch sich dafür entscheidet, ein Kraftfahrzeug zu fahren, ob er öffentliche Verkehrsmittel oder lieber ein Fahrrad benutzt. Die bestehende Infrastruktur im Kreis Oberhavel ist besonders im ländlichen Raum primär auf den Individualverkehr ausgerichtet.

Besonders im Bereich des ÖPNV und dem Radwegenetz sehen wir Nachholbedarf und werden uns für ein zukunftsfähiges Konzept einsetzen.

b) Modul 2: -Ausbau des ÖPNV-

Wir fordern ein engmaschigeres Netz der Verkehrslinien sowie bedarfsgerechte Taktverdichtungen und Platzangebote. Dies schließt auch insbesondere spätabends und am Wochenende verbesserte Verbindungen aus dem Umland in die Stadtzentren ein.

c) Modul 3: -Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs steigern-

Gesicherte Umsteigeverbindungen, Bewirtungsangebote in den Regionalbahnen und ein anbieterübergreifendes und barrierefreies Fahrgastinformationssystem sind denkbare Mittel zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV. Dies wollen wir erreichen.

Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, in einem ersten Schritt Zugangshürden wie hohe Entgelte zu senken und komplizierte Entgeltstrukturen abzuschaffen. Fahrzeuge mit physischen Barrieren müssen bautechnisch angepasst oder ersetzt werden.

d) Modul 4: -Fahrscheinloser Nahverkehr-

Präambel

Der Umstieg von motorisierten individuellen Verkehrsmitteln auf den Öffentlichen Personennahverkehr wird durch komplizierte Tarifstrukturen und individuell wahrnehmbare Kosten des ÖPNV negativ beeinflusst.

In der Vergangenheit wurde in Brandenburg in den Städten Templin und Lübben anhand von mehrjährigen Modellversuchen die Wirkung der Einführung eines kostenfreien ÖPNV untersucht. In beiden Fällen handelt es sich um städtischen ÖPNV mit Finanzierung direkt aus öffentlichen Mitteln der Städte. Erreicht wurde, dass sich das Fahrgastaufkommen in beiden Städten innerhalb weniger Jahre vervielfachte und der Individualverkehr genauso zurückging wie die Umweltbelastung. Steigende Fahrgastzahlen führten aber auch zu Taktverdichtung, die Anschaffung zusätzlicher Fahrzeuge und die Einstellung von neuen Mitarbeitern. Die damit einhergehende Kostensteigerung konnte durch die Städte nicht aufgefangen werden, was letztendlich zur Einstellung der Modellversuche führte.

Nach § 3 ÖPNV-Gesetz Land Brandenburg sind Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) das Land Brandenburg, für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) die Landkreise und kreisfreien Städte. Nach den in § 9 des ÖPNV-Gesetzes geregelten

Finanzierungsgrundsätzen sind Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr nach Möglichkeit durch Fahrgelderträge zu decken.

Das eine Kostendeckung durch Fahrgeldeinnahmen illusorisch ist zeigt u.a., dass das Land Brandenburg den Landkreis Oberhavel bei der Wahrnehmung der Aufgaben im sonstigen ÖPNV bis 2016 jährlich durch Zuwendungen in Höhe von 4,7 Mio. € allein für nichtinvestive Mittel unterstützt. Der Landkreis selber unterstützt den ÖPNV bis 2016 jährlich mit 1,75 Mio. € für nichtinvestive Mittel. Der für die Betreuung des sonstigen ÖPNV erforderlichen sonstigen Mittel sollen durch Fahrgelderträge gedeckt werden.

Daraus folgt, dass der weit überwiegende Kostenanteil des sonstigen ÖPNV im Landkreis Oberhavel schon jetzt aus öffentlichen Mitteln bestritten wird. Bei rund 205.000 Einwohnern und mehr als 460.000 Gästeübernachtungen (Stand 2012) im Jahr bietet es sich an, diese Deckungslücke durch einen Nahverkehrsabgabe zu schließen und einem fahrscheinlosen ÖPNV zu ermöglichen.

Die Kosten für Verkaufsstellen, Ticketautomaten, und Fahrscheinkontrollen entfallen genauso wie der Fahrscheinverkauf in Bussen. Dies führt zwangsweise zu Zeitgewinnen und lässt eine kostenneutrale Taktverdichtung zu, um dem zu erwartenden höheren Nutzungsgrad Rechnung zu tragen.

Die Nahverkehrsabgabe könnte sich zusammensetzen aus

- einer Nahverkehrstaxe, die bei privat oder beruflich bedingten Übernachtungen bei kommerziellen Anbietern (z.B. Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen oder -häusern) im Landkreis je Übernachtung anfällt und die fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV im Landkreis einschließt
- eine Nahverkehrsabgabe zur Deckung des Restbetrages, die auf alle Einwohner des Landkreises umgelegt wird. Hierbei ist eine Staffelung nach Einkommen möglich. Geringverdiener sollen nicht überproportional belastet werden.

Gerade in ländlichen Gebieten wird dies zu einer verstärkten Nutzung des ÖPNV führen.

Ziele

Die PIRATEN Oberhavel setzen sich dafür ein, dass die Deckungslücke zwischen Landes- sowie Landkreismitteln und den tatsächlichen Kosten des ÖPNV in Oberhavel in Zukunft nicht mehr durch den Verkauf von Fahrscheinen, sondern durch die Einführung einer Nahverkehrstaxe für Gäste im Landkreis und eine auf alle Einwohner des Landkreises umzulegende Nahverkehrsabgabe geschlossen wird.

Langfristig wird das Ziel angestrebt, die Attraktivität des ÖPNV so zu steigern, dass für weite Bevölkerungsteile die Vorteile eines ausgebauten ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr überwiegen.

e) Modul 5: Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr-

Eine einseitige Fokussierung auf den ÖPNV würde jedoch den Bedürfnissen der Menschen gerade im ländlich geprägten nördlichen Teil des Kreises Oberhavel nicht gerecht.

Die Instandhaltung und ein behutsamer, fallweiser Ausbau des Straßennetzes durch z.B. Ortsumgehungen und Lärmsanierung gehören ebenso zu einer ganzheitlichen Verkehrspolitik im Kreis wie Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs.

IT-gestützte Verfahren zur Bedarfs- und Nutzungsuntersuchung und zur Verkehrslenkung müssen konsequent eingesetzt werden, um den Straßenverkehr zu optimieren und ÖPNV und Individualverkehr bedarfsgerechter zu vernetzen.

f) Modul 6: Einführung von Gemeinsam Genutzten Verkehrsräumen - GGV (Shared Space Konzept)-

Das Konzept des Gemeinsam Genutzten Verkehrsraums wurde mittlerweile in vielen Städten Europas erprobt. Das Konzept sieht nur wenige Regeln vor.

Durch bauliche Veränderungen wird ein klar erkennbarer GGV geschaffen. Dieser ist besonders dadurch gekennzeichnet, dass es weder Ampel noch Straßenmarkierungen und (kaum) Schilder gibt. Verkehrsteilnehmer dürfen sich überall bewegen, es gilt rechts-vor-links. Die wichtigste Regel lautet: AUFPASSEN und RÜCKSICHT nehmen!

Die Piraten des Kreises Oberhavel setzen sich dafür ein, in einem ersten Schritt an geeigneten Stellen im Landkreis entsprechende Pilotprojekte durchzuführen.

g) Modul 7: Kreisverkehr und Fußgängerüberwege

Die Piraten des Kreises Oberhavel erkennen die Notwendigkeit von Ampelanlagen an, sind aber der Auffassung, dass dies nicht die effektivste und sicherste Möglichkeit zur Steuerung des Verkehrsflusses ist. Aus Erfahrungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern lässt sich erkennen, dass Kreisverkehre das Unfallrisiko deutlich reduzieren.

Unser Ziel ist es, an geeigneten Standorten Kreuzungen mit Ampelanlagen durch Kreisverkehre mit Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) zu ersetzen. Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer wird dadurch erhöht, erzielte Energieeinsparungen tragen nachhaltig zur Haushaltsentlastung bei.

IV.2. Einsatz energiesparender Straßenbeleuchtung im Kreis Oberhavel

Die Piraten des Kreises Oberhavel fordern, vorhandene Straßenbeleuchtungsanlagen möglichst zeitnah auf energiesparende LED-Leuchtmittel umzurüsten. Der Modernisierung refinanziert sich durch die Stromeinsparung in fünf bis sieben Jahren. Da LED-Leuchtmittel sehr langlebig sind, tragen sie durch die erzielbare Energieeinsparung nachhaltig zur Haushaltsentlastung bei.

V. Wirtschaft und Finanzen

V.1. Öffentliche Haushalte

Präambel

Schuldenabbau und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind wesentlich für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Wir setzen uns deshalb für eine sinnvolle und konsequente Einnahmen- und Ausgabenpolitik zur Sanierung der kommunalen Haushalte ein.

a) Modul 1 -Personelle Ausstattung der Steuerbehörden und Umsetzung des Steuerrechtes-

Wir fordern eine ausreichende personelle Besetzung der Steuerbehörden und eine strikte Umsetzung des Steuerrechts. Wir sprechen uns gegen den Erlass oder die Niederschlagung von Forderungen gegen Steuerhinterzieher aus. Jedoch ist im Vorfeld zu prüfen, ob die Durchsetzung von Ansprüchen dem Wirtschaftlichkeitsgedanken zuwider läuft.

c) Modul 2 -Keine Prestigeprojekte mehr-

Wir fordern, dass bis zur endgültigen Sanierung der kommunalen Haushalte bei jeder öffentlichen Investition das unabdingbare Erfordernis der Maßnahme zu prüfen ist. Prestigeprojekte zu Lasten der Steuerzahler werden abgelehnt.

d) Modul 3 -Öffentliche Auftragsvergabe-

Die Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt unter strikter Einhaltung des Vergaberechts. Wir fordern zur Vermeidung von teuren Fehlkalkulationen vor Auftragsvergabe eine transparente und auch für den Laien nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erstellen.

e) Modul 4 -Nutzung von Open Source Software (OSS) in der öffentlichen Verwaltung-

Die Nutzung von OSS in öffentlichen Verwaltungen kann ein sinnvoller Ansatz zur Kostenreduzierung im Bereich der IT-Infrastruktur sein. Der flächendeckende Einsatz von OSS z.B. im Office-Bereich der öffentlichen Verwaltungen im Kreis Oberhavel kann einen sinnvollen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung leisten.

Wir fordern deshalb die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen mit dem Ziel festzustellen, ob ein teilweiser oder vollständiger Umstieg auf Open Source Software in den Kommunalverwaltungen des Landkreises einen signifikanten positiven Effekt bei den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung erkennen lässt.

V.2. Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Wir fordern, dass Haushaltsrechnungen, Haushaltspläne und Unterlagen über die mittelfristige Finanzplanungen auf Kreis- und Gemeindeebene spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage an das zuständige Gremium digital und maschinenlesbar veröffentlicht werden. Sie sollen vollständig digital einsehbar und für interessierte Bürger/innen barrierefrei auswertbar sein.

Unterlagen zur Haushaltsplanung sollen neben den Haushaltsansätzen des Vorjahres auch die Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres sowie die Haushaltsansätze des kommenden Haushaltsjahres enthalten. Vorbemerkungen, Erklärungen zu Deckungsfähigkeiten, vollständigen Begründungen je Einzelposition sowie die Anlagen zum Haushaltsplan sind ebenso digital auszuweisen.

V.3. Transparente und innovative Wirtschaftspolitik

a) Modul 1 -Strukturpolitik des Kreises-

Wir setzen uns für eine nachhaltige Stärkung des Kreises Oberhavel als dynamischer Wirtschaftsstandort ein. Neben klassischen Maßnahmen der Investitionsförderung zur Ansiedlung von Unternehmen in Fördergebieten sollen in der Strukturpolitik des Kreises auch neue Wege der dezentralen Produktion und des freien Austausches von Wissen berücksichtigt werden. Selbständiges Unternehmertum ist eine wichtige Voraussetzung für eine kreative und eigenverantwortlich handelnde Gesellschaft. Wir sehen auch in kleinen, noch nicht etablierten Unternehmen Treiber von Innovation und qualitativem Wachstum im Dienst des Menschen und der Natur. Wir wollen Menschen unterstützen, die für sich den Weg in die Selbständigkeit wählen. Wir sprechen uns deshalb für direkte Subventionen in Form von Fördermitteln oder Vergünstigungen an Unternehmen und Wirtschaftende aus, wenn diese sich zu einer strukturpolitisch sinnvollen Gegenleistung, z.B. der Schaffung von Arbeitsplätzen, verpflichten.

b) Modul 2 -Fokus auf Zukunftstechnologien-

Der wirtschaftliche Erfolg in der Informationsgesellschaft ist zunehmend von Wissen und Informationen, sowie deren Erschließung abhängig.

Wir fordern deshalb eine Strukturpolitik, die nicht nur zukunftssträchtige Technologieunternehmen fördert, sondern den Bildungsbereich als integralen Lösungsbestandteil begreift und entsprechend finanziell ausstattet.

c) Modul 3 -Landwirtschaft-

Wir treten für den Erhalt und die Förderung einer leistungsfähigen, regional angepassten Landwirtschaft ein, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.

d) Modul 4 -Transparente Wirtschaftspolitik-

Wir fordern ein grundsätzliches Recht der Bürger/innen auf Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand. Auch die Verwendung von Haushaltsmitteln muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein.

Zur Korruptionsbekämpfung fordern wir, Ausschreibungskriterien so zu veröffentlichen - z.B. im Internet -, dass die Bürger/innen den Entscheidungsprozess begleiten können. Weiterhin fordern wir eine öffentliche und live im Internet übertragene (Bild und Ton) Angebotseröffnung und Auftragsvergabe. Die Aufzeichnung wird aus Dokumentationsgründen archiviert und über das Internetportal der Gemeinde bereitgestellt.

Zur Korruptionsbekämpfung fordern wir darüber hinaus, durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

V.4. Breitbandversorgung

a) Modul 1 -Breitband-Internet als systemische Grundversorgung-

Oberhavel gehört neben der Prignitz und der Uckermark bundesweit zu den Schlusslichtern bei der Breitbandversorgung. Bund und Länder vertrauten bisher auf die Kräfte des Marktes. Doch da, wo keine angemessenen Renditen locken, sind die Anreize für den Ausbau eher gering.

Angesichts des enormen Innovationspotenzials muss man bei der Breitbandtechnologie von einer systemischen Infrastruktur sprechen. Eine Abkopplung von leistungsfähigen Breitbandangeboten wirkt für die Betroffenen diskriminierend. Unternehmen bleiben entscheidende Innovationspotenziale verwehrt. Sie können an der steigende Verlagerung von Absatzwegen und Vernetzung nicht teilnehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit leidet.

Gegenüber gut versorgten Gebieten wird den Bürger/innen des Landkreises die sonst durch Nutzung des Internets übliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Auch die Einführung und Akzeptanz von eGovernment-Projekten und ePartizipation ist auf eine gute Breitbandversorgung angewiesen

Wir fordern deshalb die Bereitstellung der Breitbandversorgung als Universaldienst ein. Breitband soll wie Telefon, Wasser und Strom zur Grundversorgung für alle Haushalte erklärt werden.

Da besonders in Randlagegemeinden aufgrund ihrer Strukturschwäche finanzschwach sind, fordern wir hier umgehende monetäre Unterstützung durch das Land.

b) Modul 2 -Förderung kommunaler Ausbaumöglichkeiten und Zusammenarbeit mit TK-Anbietern-

Viele Telekommunikationsanbieter bieten Programme zum gemeinschaftlichen Ausbau der Netze an. Hierbei werden die Kosten aufgeteilt oder die Kommunen können benötigte Arbeiten selbst vornehmen.

Wir fordern Kreis und Kommunen auf, die Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit zu prüfen. Hierbei soll unter anderem darauf geachtet werden, dass bei allen Erdbauarbeiten die Möglichkeit geschaffen wird, dass Telekommunikations-Anbieter ihre Netze im gleichen Zuge erweitern können. Die sich ergebenden Synergieeffekte können für Kostendämpfungsmaßnahmen genutzt werden.

Weiterhin fordern wir von Kreis und Gemeinden zu prüfen, ob durch eine Nutzung von Gemeindeflächen und -gebäuden kurzfristig ein weiterer Ausbau von breitbandigen Funktechnologien möglich ist.

c) Modul 3 -Förderung von lokalen Versorgungsprojekten-

Ist ein Ausbau der bestehenden Netze nicht möglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar, bestehen dennoch Möglichkeiten zur Anbindung von weißen Flecken. Richtfunkstrecken und der Aufbau von lokalen WLAN Netzen oder die Anbindung über Satellit stellen nur einige Möglichkeiten dar.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern lokale Projekte, die solche Anbindungsvarianten nutzen, gefördert werden.

V.5. Nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik

Ein wesentlicher Baustein dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik ist die Rückabwicklung ausgelagerter Versorgungsstrukturen in die Verantwortung der Kommunen. Kommunale Wasser-, Gas- und Stromversorgung soll nicht in den Händen marktorientierter Firmen, sondern im Einflussbereich demokratisch legitimierter Gremien liegen.

Die Piraten des Kreises Oberhavel fordern eine nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik bereits auf Kreisebene.

Wir treten daher für den Verbleib von Energienetzen in öffentlicher Hand bzw. - wo dies nicht der Fall ist - für die Rekommunalisierung der Energienetze ein.

Begründung:

Ein wichtiger Aspekt nachhaltiger Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung sowie eine auf diese Dezentralisierung ausgerichtete Netzstruktur für Strom und Wärme.

Ziel ist es, eine Vielfalt innovativer lokaler Energieerzeuger aufzubauen und so den Einfluss einiger weniger marktbeherrschender Unternehmen zu verringern.

VI. Bildungspolitik

VI.1. Frühkindliche Bildung

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Studien beweisen, dass in den ersten sechs Lebensjahren spielerisches Lernen auf sehr fruchtbaren Boden fällt und die Kinder richtungsweisend für das weitere Leben beeinflusst.

Die Erfahrungen in vielen Einrichtungen zeigen auf, dass bei entsprechend angepassten Erziehungskonzepten und Mitarbeiter-Schulungen mit wenig Aufwand sehr viel für die Zukunft unserer Kinder erreicht werden kann.

Die Angebote sollten hierbei alle Lebensbereiche umfassen und insbesondere die sprachlichen sowie feinmotorischen Fähigkeiten fördern. Es handelt sich um eine Investition in die Zukunft. Gerade deshalb müssen die Angebote offen für alle Familien sein. Dies gilt insbesondere auch für Familien mit geringem Einkommen und/oder Migrationshintergrund.

Wir fordern deshalb, die frühkindlichen Bildungsangebote in Kindertagesstätten unter Einsatz öffentlicher Mittel weiter auszubauen.

VI.2. Die öffentliche Bildungsinfrastruktur

a) Modul 1 -Bedarfsgerechte Bildungsinfrastruktur-

Die Bildungsinfrastruktur umfasst nicht nur die Bildungseinrichtungen als solches, sondern auch deren Anbindung. Fahrt- und Wartezeiten über 30 Minuten sind insbesondere für Kinder eine Belastung und schmälern die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dies muss speziell bei den unteren Klassenstufen berücksichtigt werden.

Gleiches gilt für die Nutzung von räumlich getrennt von der Schule liegenden Gebäudekomplexen, wie z. B. Sportstätten. Einsparungen aufgrund sinkender Schülerzahlen dürfen nicht dazu führen, dass die Wegzeiten für die Schüler/innen in unzumutbarer Weise steigen.

b) Modul 2 – Virtuelle Klassenzimmer und E-Learning

Besonders in den ländlichen Gebieten Oberhavel werden Kinder und häufig auch die Eltern durch lange Schulwege zeitlich stark belastet. Diese Belastung lässt sich durch die Einführung eines verstärkten Lernanteiles zu Hause im virtuellen Klassenzimmer und den Ausbau von speziell auf das Internet zugeschnittenen Lernkonzepten (E-Learning) verringern. Eltern und Kinder gewinnen mehr Zeit für sich. Dieses moderne und zukunftsweisende Lernkonzept gewinnt seit geraumer Zeit in der Erwachsenenbildung immer mehr an Bedeutung.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Übertragbarkeit dieses Lernkonzept auf jüngere Menschen durch Pilotprojekte in Oberhavel zu prüfen.

c) Modul 3 -Stärkung der Volkshochschulen-

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der der Stärkung und Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft dient. Volkshochschulen bieten hierbei den Bürgerinnen und Bürgern eine sinnvolle Anlaufstelle sich weiterzubilden. Das Angebot muss für jedermann unabhängig von dessen Einkommenssituation erschwinglich sein, sowie dem aktuellen Bedarf angepasst werden.

Wir setzen uns dafür ein, die Volkshochschulen zu erhalten und weiter zu stärken.

d) Modul 4 -Bibliotheken und öffentliche Büchereien-

Büchereien bieten einen weiteren Weg zur Bildung an, welcher aber derzeit durch nicht immer bedarfsgerechte Öffnungszeiten, Schließungen oder ein veraltetes Angebot verhindert wird. Eine flächendeckende Versorgung ist nicht gewährleistet.

Wir fordern in einem ersten Schritt die Schaffung eines zentralen digitalen und barrierefreien Archivs der Bestände aller Bibliotheken und öffentlichen Büchereien im Landkreis.

Bürger/innen sollen die Möglichkeit erhalten, unabhängig von Öffnungszeiten oder örtlichen Gegebenheiten jederzeit Bücher über das Internet zur Ausleihe bestellen zu können. Das hätte für Bürger/innen den Vorteil, Bücher ohne längere Anfahrtswege oder Wartezeiten ausleihen zu können. Dem gegenüber stünde jedoch die Verpflichtung der Übernahme der Versandkosten.

Deshalb fordern wir als zweiten Schritt den Altbestand so weit als möglich zu digitalisieren und bei Neuanschaffungen den Ausbau des digitalen Bücherbestandes gezielt zu steigern. Dieser Schritt würde die Ausleihe auf elektronischem Wege, z.B. per zeitlich begrenzbarem Download auf eBooks, ermöglichen. Die Verringerung von transportbedingten CO²-Emissionen, die Schaffung eines bürgernahen flächendeckenden Angebots an Leihbüchern und die mittelfristig absehbare Kostenersparnis bei den Kommunen sprechen für dieses zukunftsorientierte Konzept.

VII. Kultur und Gesellschaft

VII.1. Förderung von Kulturangeboten

a) Modul 1 –Kultursubventionen-

Kunst und Kultur tragen sich aus Kostensicht nur selten von allein. Kultursubventionen sind daher ein wichtiger Baustein für ein offenes und pluralistisches Leben im Kreis Oberhavel. Kulturorte sind Zentren des Lebens und Investitionen in die geistige Infrastruktur.

Daher halten wir die Subventionen gerade in der vollen Breite der Kultur für sinnvolle Investitionen.

b) Modul 2 -Alternative Förderung von Kulturangeboten-

In Zeiten stark belasteter Haushaltskassen lassen sich nur wenige Kulturprojekte direkt subventionieren. Um dennoch ein breites Kulturangebot zu ermöglichen, müssen Alternativen gesucht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass z.B. leerstehende Räume in kommunaleigenen Einrichtungen zur Durchführung geeigneter Kulturprogramme zur Verfügung gestellt werden können.

VII.2. Ausstieg aus der Radikalisierung

Die Abkehr von demokratischen Inhalten und die Hinwendung zu radikalen Organisationen mit antidemokratischen Zielen stellt eine Gefahr und damit eine Herausforderung für jede demokratische Gesellschaft dar.

Die Bekämpfung extremistischer Bewegungen wird von den Piraten Oberhavel aus diesem Grund als eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe von großer Bedeutung angesehen. Eines der wirkungsvollsten Mittel dabei ist das Aufzeigen von positiven Lebensperspektiven in unserer demokratischen Gesellschaft.

Wir fordern deshalb über alle Parteigrenzen hinweg die Entwicklung eines Konzeptes, um radikalisierten Personen eine ernsthafte Perspektive für den Ausstieg aus extremistischen Szenen zu eröffnen.

VIII. Wir benötigen einen Kampagnennamen

Die Hauptversammlung wird gebeten, eines der nachfolgenden Mottos als Kampagnennamen zu beschließen. Der Kampagnenamen soll als Anker (Eyecatcher) die Überschrift des Kommunalwahlprogramms sein.

- Neue Köpfe - Frischer Wind in die Politik
- Neue Köpfe - Frische Politik
- Neue Politik durch frische Köpfe
- Frische Köpfe - Neue Politik
- Frische Köpfe - Bürgerorientierte Politik

Alternativ zum Begriff "Köpfe" ist der Begriff "Gesichter" denkbar

- Neue Gesichter - Frischer Wind in die Politik
- Neue Gesichter - Frische Politik
- Neue Politik durch frische Gesichter
- Frische Gesichter - Neue Politik
- Frische Gesichter - Bürgerorientierte Politik

Antrag 2014-002

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Bürgerbeteiligung in Oberhavel

Einleitung

Oberhavel bietet im Süden die unmittelbare Nähe zur Großstadt und im Norden einzigartige Naturschönheiten. Der Landkreis kann positive Bilanzen vorweisen, doch wie geht es den Bürger(inne)n im Landkreis? Sind sie an den Entscheidungen von Kreistag, Landratsamt, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen beteiligt oder wird einfach über sie hinweg entschieden?

Bürgerbeteiligung statt Basta-Politik

Wir Piraten sind der Meinung, dass Bürgerbeteiligung im Landkreis Oberhavel viel zu selten bei der Anbahnung von Entscheidungen vorkommt. Viel zu oft erfahren die Bürger(innen) erst von Beschlüssen, wenn diese fertig sind und umgesetzt werden sollen, auch wenn sie dafür Gebühren bezahlen müssen oder auf andere Art dadurch benachteiligt werden.

Wichtige Felder für Bürgerbeteiligung sind Stadtentwicklungskonzeptionen, Flächennutzungspläne, Landschaftspläne, Verkehrsentwicklungspläne, Bebauungspläne, sowie Einzelprojekte (z.B. Straßenbau, Grünflächen, öffentliche Einrichtungen). Auch beim Satzungsrecht und beim Verwaltungshandeln plädieren wir für Bürgerbeteiligung.

Bürgerbeteiligung durch Information, Rede- und Vorschlagsrecht

Wir Piraten in Oberhavel fordern, dass die Kommunen in öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen über die Ist-Stände und die aktuellen Planungen informieren. Wir wollen Bürger(inne)n Wege eröffnen, diese öffentlich zu diskutieren sowie eigene Vorschläge zu unterbreiten. Wir setzen uns für ein Verfahren ein, dass die Kommune zu den Vorschlägen Stellung nimmt und am Ende des Haushaltsjahres Rechenschaft ablegt, ob und wie Vorschläge realisiert werden konnten.

Sobald wir Piraten im Kreistag Oberhavel vertreten sind, wollen wir die Tagesordnungen des Kreistages im Internet öffentlich machen. Wir wollen Mitglieder von Bürgerbewegungen zu Kreistags-Sitzungen einladen, wenn es um deren Anliegen geht und uns vor Ort mit Bürger(inne)n über ihre Ideen und die aktuellen Themen des Kreistages und der Kreisverwaltung unterhalten.

Um die Beteiligung der Bürger(innen) auf allen Ebenen der Kommunalpolitik zu gewährleisten, fordern wir ein Rederecht der Bürger(innen) in allen Ausschusssitzungen der Kommunalparlamente.

Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide

Wir fordern eine direkte Bürgerbeteiligung durch die Einführung von Bürgerentscheiden. Dies ist besonders wichtig bei Investitionen, welche Kreis oder Kommunen mit einem erheblichen finanziellen Risiko belasten oder diese in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen maßgeblich beeinflussen.

Bürgerbeteiligung durch Online–Petitionen

Wir Piraten in Oberhavel möchten den Bürger(inne)n einfache Wege ermöglichen, an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken. Dazu gehören insbesondere Online-Petitionen für den Kreistag und zunächst die größeren Städtevertreter(innen)versammlungen. Ein Internet-Portal soll zum gesellschaftlichen Diskurs einladen.

Unterschriften von Mitzeichnern sollen auch online gesammelt werden können. Initiatoren mit einer signifikanten Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Kreistag bzw. in den Städtevertreter(innen)versammlungen erhalten.

Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlungen

Wir wollen Bürger(innen) zu Bürgerversammlungen ermutigen, ihnen bei der Organisation behilflich sein und die Beschlussvorlagen des Kreistages mit den Bürger(inne)n besprechen. Wenn sich daraus ein klarer Wille der Bürger(inne)n abzeichnet, wollen wir daraus gemeinsam mit den Bürger(inne)n einen Antrag für den Kreistag erarbeiten.

Einführung von Bürgerhaushalten

Geld ist in Oberhavel vorhanden. Es gibt viele Möglichkeiten, dieses auszugeben, für sinnvolle Projekte und für weniger sinnvolle. Wie sinnvoll etwas ist, können vor allem diejenigen beurteilen, die direkt damit zu tun haben. Das sind meistens nicht diejenigen, die in der Verwaltung und im Kreistag sitzen.

Wir Piraten in Oberhavel fordern die Einführung von Bürgerhaushalten sowohl in den Städten und Gemeinden des Kreises als auch im Kreis selber.

Ein echter Bürgerhaushalt ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bürger(innen) über den Einsatz von Haushaltsmitteln für freiwillige Aufgaben direkt mitbestimmen können. Hierzu müssen die Bürger(innen) zunächst über die Haushaltssituation und den Haushaltsplan informiert werden, z.B. in Form eines lesbaren Haushaltes und auf Informationsveranstaltungen. Es muss in einer für Laien verständlichen Form dargestellt werden

- welche Mittel aus welchen Quellen zufließen,
- welche Pflichtaufgaben wie viel Geld kosten und
- wie viel Geld für freiwillige Aufgaben zur Verfügung steht und wie dieses eingesetzt werden soll

Daran anschließend können die Bürger(innen) Vorschläge zur Verwendung der freien Mittel unterbreiten und diese öffentlich diskutieren. Dazu eignen sich öffentliche Veranstaltungen (z.B. Stadteilverksammlungen), ein Internetportal und Sammelstellen in öffentlichen Einrichtungen.

Die Verwaltung nimmt zu den gemachten Vorschlägen öffentlich Stellung und schätzt Machbarkeit, Kosten und Nutzen ein, bevor sie mit der Umsetzung beginnt. Am Ende der Haushaltsperiode legt die Verwaltung öffentlich Rechenschaft ab. Hierbei muss sie begründen, wenn und ggf. warum einzelne Vorschläge nicht umgesetzt worden sind.

Politikverdrossenheit lässt sich nicht durch Worte beseitigen, sondern durch Taten. Wir Piraten Oberhavel wollen dazu unseren Beitrag leisten.

Antragsbegründung

Begründung kann mündlich erfolgen

Bemerkung

Dieser Antrag führt den Bereich Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt aus Antrag 1 und Antrag 1 und 2 aus <https://piratenpad.de/p/wahlprogramm-ohv-2014> zusammen.

Antrag 2014-003

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Öffentlichkeit der Verwaltung

Wichtig ist für uns Piraten auch in Oberhavel die Transparenz allen politischen Handelns. Bürger(innen) müssen frühzeitig informiert, eingebunden, beteiligt und gefragt werden. Betroffene Entscheidungen müssen nachvollziehbar dargestellt werden. Entsprechende Möglichkeiten sind durch das digitale Zeitalter gegeben und sind nach Auffassung der Piratenpartei Oberhavel auch zu nutzen.

"Open Government" ist ein Synonym für die Öffnung von Staat und öffentlicher Verwaltung gegenüber den Bürger(innen) und der Wirtschaft auf transparente Art und Weise. Ziel ist mehr politische Teilhabe und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Regierten, auch auf Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Ebene. Offene Informationen sind dabei eine wesentliche Grundvoraussetzung für weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Neben der reinen Information über politische Vorgänge und Prozesse geht es auch um Rechenschaft und Transparenz der Personen des politischen Geschehens.

Freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit öffentlicher Daten

Datenbestände, die in den öffentlichen Verwaltungen generiert werden, wurden durch den Steuerzahler finanziert. Dadurch entsteht der Anspruch der Bürger(innen), diese Daten frei einsehen und nutzen zu dürfen, sofern es sich um keine personenbezogenen Daten handelt oder sonstige datenschutzrechtliche Bestimmungen dem entgegenstehen. Wir fordern deshalb, bestehende Hürden für die Einsicht und Nutzung dieser Daten abzubauen. Dazu gehört unter anderem auch eine übersichtliche Darstellung der verfügbaren Datenbestände.

Die Daten müssen in einem barrierefreien, allgemein maschinenlesbaren Format frei zur Verfügung gestellt werden. Beispielhaft aufgezählt verstehen die Piraten Oberhavel darunter unter anderem folgende Informationen:

- Rats- und Ausschussinformationen
- Unterlagen zum öffentlichen Haushalt
- Risikolandkarten (z.B. Hochwasser, Erdbeben)
- Gutachten zu lokalen Belangen (Bauprojekte etc.)
- Statistische Informationen (z.B. Demographie)

Unser Ziel ist es, durch transparente, offene Daten mehr Kontrolle der Politik durch die Öffentlichkeit zu ermöglichen und eine größere Verständlichkeit von Verwaltungshandeln bei den Bürger(inne)n herbeizuführen.

Datenbestände werden teilweise durch private Unternehmen in Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen generiert und somit in wesentlichen Teilen durch Steuergelder finanziert. Wir fordern, dass in solchen Fällen die öffentlichen Stellen schon bei der Auftragsvergabe oder Subventionszuweisung die spätere Veröffentlichung der Ergebnisse festschreiben.

Flächendeckende Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung

Wir fordern, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben, in den öffentlichen Verwaltungen des Landkreises flächendeckend eine einheitliche Plattform zur digitalen Vorgangsbearbeitung einzuführen. Unabhängig von Öffnungszeiten, ihrem jeweiligen Aufenthaltsort oder körperlichen Einschränkungen werden die Bürger(innen) so in die Lage versetzt, den Kontakt mit Behörden und Ämtern herzustellen und ihre Anliegen kund zu tun. Dabei sind die Sicherheits- und Datenschutzvorgaben strikt einzuhalten. Ein gläserner Bürger darf nicht entstehen.

Das Portal Märker ist ein Schritt in die richtige Richtung und wurde auch bereits in Kommunen in Oberhavel erfolgreich eingeführt. Wir Piraten Oberhavel setzen uns dafür ein, dass auch andere Städte und Gemeinden dieses Portal einführen und so die Bürger(innen) zu einer direkten Kontaktaufnahme mit der Verwaltung über das Internet ermuntern.

Wir setzen uns aber auch dafür ein, den Funktionsumfang des Portales zu erweitern oder ein neues, umfangreicheres Portal einzuführen. Ziel ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, Amtsgeschäfte über das Internet abzuwickeln und die Bürger(innen) weitestgehend von zeit- und kostenintensiven Behördengängen zu entlasten. Nur dann, wenn auf eine persönliche Übergabe eines Dokumentes nicht verzichtet werden kann, sollen die Bürger(innen) weiterhin die zuständige Behörde aufsuchen müssen. Selbstverständlich soll die Möglichkeit, die Amtsgeschäfte auch weiterhin persönlich bei der Behörde zu erledigen, dadurch nicht eingeschränkt werden.

Antragsbegründung

Begründung kann mündlich erfolgen.

Bemerkung

Dieser Antrag orientiert sich am Kapitel 2 (moderner Staat) aus Antrag 1.

Antrag 2014-004

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Flüchtlinge menschenwürdig behandeln

Zuflucht zu gewähren vor politischer Verfolgung und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg gehört zu den elementaren Verpflichtungen des Völkerrechts. Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Bewegungsfreiheit und die Teilhabe an der Arbeitswelt, an Bildung und Kultur. Das gilt bereits, wenn die Gründe der Flucht noch nicht anerkannt sind. So steht es im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland.

Bargeld statt Gutscheine für Flüchtlinge

Wir Piraten in Oberhavel wollen diese Ziele auch in unserem Landkreis verwirklicht sehen. Im Landkreis Oberhavel erhalten die Asylbewerber statt Sozialleistungen für ihren Lebensunterhalt in bar noch immer Gutscheine. Das ist diskriminierend und erzeugt darüber hinaus unnötige Kosten. Wir Piraten in Oberhavel verurteilen diese Praxis des Landrates und unterstützen die Initiative [Willkommen in Oberhavel](#), um diese Art der Diskriminierung auszuhebeln.

Menschenwürdigen Wohnraum auch für Flüchtlinge

Flüchtlinge haben oftmals ein schweres Schicksal hinter sich und benötigen Schutz. Nach Meinung der Piraten in Oberhavel sollen erwachsene Flüchtlinge ein Zimmer mit mindestens 12 Quadratmetern für sich beanspruchen können. Eine Unterbringung in Mehrbettzimmern kann nur eine vorübergehende Notlösung sein. In Oberhavel ist derzeit das gesetzliche Mindestmaß von 6 Quadratmetern pro Person bei den Heimplanungen offenbar maßgebend. Wir Piraten halten das für eine menschenwürdige Unterbringung nicht ausreichend.

Nach einer kurzen Orientierungsphase sollen Flüchtlinge, insbesondere Familien, zügig in Wohnungen untergebracht werden. Eine langfristige Heimunterbringung halten wir Piraten in Oberhavel, von vielen negativen sozialen Aspekten abgesehen, auch im Vergleich zu einer Wohnungsunterbringung trotz der geringen Wohnfläche pro Person für unnötig kostenintensiv. Die derzeitigen Heim-Unterbringungs-Konzepte Oberhavels erfordern eine dauerhafte Bewachung. Eine zeitnahe Anpassung an die aktuellen Flüchtlingszahlen wird erschwert. Wenn in Wohnungen statt in Heimen investiert werden würde, könnten diese bei rückläufigen Flüchtlingszahlen leichter alternativ verwendet werden.

Antragsbegründung

Die Begründung kann mündlich erfolgen

Bemerkung

Dieser Antrag ist eine Überarbeitung des Antrages 3 vom Pad <https://piratenpad.de/p/wahlprogramm-ohv-2014>

Antrag 2014-005

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Regionale Entwicklung im Kreis Oberhavel

Unsere Zeit ist durch hohe Ansprüche an die berufliche Flexibilität und veränderte Anforderungen durch eine zunehmend älter werdende Gesellschaft geprägt. Städte und Gemeinden haben immer größere Schwierigkeiten, ihre originären kommunalen Aufgaben finanzieren und wahrnehmen zu können. Es ist absehbar, dass dadurch mittel- bis langfristig die Grundversorgung weiter Teile der Bevölkerung im Landkreis erschwert wird.

Interkommunale Zusammenarbeit und Wirtschaftsförderung

Wir Piraten in Oberhavel sprechen uns für eine stärkere partnerschaftliche Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden aus. Wir fordern deshalb eine stärkere Vernetzung und Transparenz bei Planungsprozessen im Landkreis und auch darüber hinaus. Nur so lassen sich zum Nutzen aller Bürger(innen) Synergieeffekte erzielen, die besonders in Zeiten knapper Kassen wichtig sind.

Anstelle eines Wettbewerbes zwischen benachbarten Städten und Gemeinden bei der Gewinnung von Investoren sollte die gemeinschaftliche Planung treten. Dabei sind im Zuge des Transparenzgedankens die Bürger(innen) frühzeitig und umfassend in die Planung mit einzubeziehen. Die städtebauliche Entwicklung von Bauflächen soll dabei flächen- und umweltschonend erfolgen. Raumordnungsverfahren und die Planung von Infrastrukturen dürfen nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten scheitern.

Unser Ziel ist es, dass die Bedingungen und Anforderungen für ein gleichmäßiges Wachstum im Kreis Oberhavel schon bei der Planung als wesentliche strategische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Ansiedlung von Fachärzten

Da es im ländlichen Bereich noch immer an Ärzten, insbesondere Fachärzten, mangelt, wollen wir Bedingungen schaffen, die die Niederlassung von Ärzten erleichtern. Bei für Arztpraxen geeigneten Immobilien in öffentlichem Eigentum sind Konzepte zu erstellen, die die architektonischen Gegebenheiten, aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Umfeldes umfassen. Von Steuergeldern finanzierte Unternehmen wie die WINTO GmbH oder die Regio Nord mbH sollen im Rahmen einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit mögliche Standorte für Arztpraxen in öffentlichem, aber auch privaten Eigentum, promoten. Ärzten ohne Eigenkapital soll die Niederlassung durch Kredite erleichtert werden.

Beitragsfreie Ganztagesbetreuung in KiTas

Der Aufbau von Betreuungsplätzen durch die Städte und Gemeinden des Kreises Oberhavel sollte stärker gebietsübergreifend geplant werden. Ein flächendeckendes Angebot wird angestrebt, um

auch in städtischen Randlagen sowie in Flächengemeinden die Attraktivität des Kreises für junge Menschen und Familien zu erhöhen.

Die Piraten in Oberhavel setzen sich für eine beitragsfreie Ganztagsbetreuungsmöglichkeit in wohnortnahen Kindertagesstätten mit kind- und elterngerechten Öffnungszeiten für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein.

Generationsübergreifende Attraktivität des Landkreises

Wir Piraten in Oberhavel setzen uns für dafür ein, dass der Landkreis für alle Altersgruppen attraktiv ist. Junge Familien sollen durch eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder die Möglichkeit haben, ihrem Beruf nachzugehen.

Bei den kulturellen und sportlichen Freizeit-Angeboten für Jugendliche ist besonders darauf zu achten, dass diese in die Planungen einbezogen werden. Hier kann der Bürgerhaushalt schnell konkret werden, indem die Jugendlichen selbst beispielsweise entscheiden können, ob sie sich beispielsweise für ihren Treffpunkt eine neue Tischtennisplatte oder eine neue Soundanlage wünschen. Auch im Rahmen der Förderung von Berufsanfängern soll auf die Vorstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders eingegangen werden.

Durch die gestiegene Lebenserwartung ist auf absehbare Zeit mit einer steigenden Zahl älterer Bürger zu rechnen, denen so lange als möglich ein selbstbestimmtes Altern in Würde und einem gewohnten Umfeld zu ermöglichen ist. Wir Piraten in Oberhavel setzen uns deswegen für die Förderung der mobilen Altenbetreuung sowie den Aufbau von Generationenhäusern im Landkreis ein.

Entwicklung von Städten und Gemeinden im Kreis Oberhavel

Unser Ziel ist es, dass die Städte und Gemeinden des Kreises Oberhavel lebenswert bleiben und das Umland als intakte Kulturlandschaft erhalten wird.

Der optimierten Neunutzung bereits bebauter Flächen gegenüber einer Bebauung bisher naturbelassener Flächen ist der Vorzug zu geben. Darüber hinaus befürworten wir, rückgebaute Flächen zu renaturieren, wo immer dies möglich ist. Bei geplanten Neunutzungen oder Umstrukturierungen insbesondere öffentlicher Gebäude sind die Bürger in die Planungen einzubeziehen.

Antragsbegründung

Die Begründung kann mündlich erfolgen

Bemerkung

Dieser Antrag ist eine Überarbeitung des Kapitels 3 (Kommunales) des Antrags 1. Hinzugefügt würde der Bereich Ansiedlung von Fachärzten. Der Bereich Generationsübergreifendes Wohnen wurde durch konkrete Angebote für Jugendliche ergänzt. Der Bereich "Zusammenschluss von Kommunalen Körperschaften" wurde allerdings weggelassen, da das meines Wissens im Moment nicht zur Diskussion steht. Hingegen wäre es eventuell sinnvoll, etwas dazu zu schreiben, dass wir gegen einen Zwangs-Zusammenschluss von Landkreisen ohne Bürgerentscheid darüber sind.

Antrag 2014-006

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Unser Verkehrskonzept für mehr Mobilität

Verkehrspolitik bedeutet für die Piratenpartei, jedem Menschen die größtmögliche Mobilität zu ermöglichen. Das Recht auf Mobilität ist unabhängig davon, ob der Mensch sich dafür entscheidet, ein Kraftfahrzeug zu fahren, ob er öffentliche Verkehrsmittel oder lieber ein Fahrrad benutzt. Die bestehende Infrastruktur im Kreis Oberhavel ist besonders im ländlichen Raum primär auf den Individualverkehr ausgerichtet. Im Bereich des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) und dem Radwegenetz sehen wir Nachholbedarf und werden uns für ein zukunftsfähiges Konzept einsetzen.

Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs steigern

Wir fordern ein engmaschigeres Netz der Verkehrslinien sowie bedarfsgerechte Taktverdichtungen und Platzangebote. Dies schließt auch spätabends und am Wochenende verbesserte Verbindungen aus dem Umland in die Stadtzentren ein.

Gesicherte Umsteigeverbindungen, Bewirtungsangebote in den Regionalbahnen und ein anbieterübergreifendes und barrierefreies Fahrgastinformationssystem sind denkbare Mittel zur Attraktivitäts-Steigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dies wollen wir erreichen. Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, Zugangshürden wie hohe Entgelte zu senken und komplizierte Entgeltstrukturen abzuschaffen.

Wir begrüßen das Konzept des fahrscheinlosen Personennahverkehrs, wollen die Erfahrungen damit in die Verkehrsplanungen des Landkreises einfließen lassen und Möglichkeiten zur Realisierung weiter diskutieren.

Radwege gemeinsam planen

Wenn der Landkreis für Radfahrer attraktiver wird, wirkt sich das auch auf den Tourismus und den Zuzug von jungen Menschen aus. Die Planung von Radwegen wie die der Straßen muss über die kommunalen Grenzen hinaus erfolgen. Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass dies auf Kreisebene und zwischen den Gemeinden konstruktiv diskutiert wird und dass vom Landkreis Geld für den Bau von Radwegen zur Verfügung gestellt wird.

Maßnahmen für den motorisierten Individualverkehr

Eine einseitige Fokussierung auf den ÖPNV würde jedoch den Bedürfnissen der Menschen gerade im ländlich geprägten nördlichen Teil des Kreises Oberhavel nicht gerecht. Die Instandhaltung und ein behutsamer, fallweiser Ausbau des Straßennetzes gehören ebenso zu einer ganzheitlichen Verkehrspolitik.

IT-gestützte Verfahren zur Bedarfs- und Nutzungsuntersuchung und zur Verkehrslenkung müssen konsequent eingesetzt werden, um den Straßenverkehr zu optimieren und ÖPNV und Individualverkehr bedarfsgerechter zu vernetzen.

Unterstützung der Bürgerbewegungen für Ortsumgehungen der B96

Wir unterstützen die Bürgerbewegungen, die sich für Ortsumgehungen der B96 einsetzen um die Lärm- und Abgasbelastigung der Bevölkerung zu verringern und gleichzeitig Staus zu vermeiden. Wir sehen das als wichtige Voraussetzung für eine Erhöhung der Attraktivität des nördlichen Landkreises.

Kreisverkehr und Fußgängerüberwege

Die Piraten des Kreises Oberhavel erkennen die Notwendigkeit von Ampelanlagen an, sind aber der Auffassung, dass dies nicht die effektivste und sicherste Möglichkeit zur Steuerung des Verkehrsflusses ist. Aus Erfahrungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern lässt sich erkennen, dass Kreisverkehre das Unfallrisiko deutlich reduzieren.

Unser Ziel ist es, an geeigneten Standorten Kreuzungen mit Ampelanlagen durch Kreisverkehre mit Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) zu ersetzen. Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer wird dadurch erhöht, erzielte Energieeinsparungen tragen nachhaltig zur Haushaltsentlastung bei.

Einführung von Gemeinsam Genutzten Verkehrsräumen

Das Konzept des Gemeinsam Genutzten Verkehrsraums (Shared Space) wurde mittlerweile in vielen Städten Europas erprobt. Das Konzept sieht nur wenige Regeln vor. Durch bauliche Veränderungen wird ein klar erkennbarer Gemeinsam Genutzter Verkehrsraum geschaffen. Dieser ist besonders dadurch gekennzeichnet, dass es weder Ampel noch Straßenmarkierungen und kaum Schilder gibt. Verkehrsteilnehmer dürfen sich überall bewegen, es gilt rechts-vor-links. Die wichtigste Regel lautet: Aufpassen und Rücksicht nehmen!

Die Piraten des Kreises Oberhavel setzen sich dafür ein, in einem ersten Schritt an geeigneten Stellen im Landkreis entsprechende Pilotprojekte durchzuführen.

Einsatz energiesparender Straßenbeleuchtung

Die Piraten des Kreises Oberhavel fordern, vorhandene Straßenbeleuchtungsanlagen möglichst zeitnah auf energiesparende LED-Leuchtmittel umzurüsten. Der Modernisierung refinanziert sich durch die Stromeinsparung in fünf bis sieben Jahren. Da LED-Leuchtmittel sehr langlebig sind, tragen sie durch die erzielbare Energieeinsparung nachhaltig zur Haushaltsentlastung bei.

Antragsbegründung

Begründung kann mündlich erfolgen.

Bemerkung

Dieser Antrag wurde aus dem Antrag 1, Abschnitt 4 (Verkehrspolitik) zusammengestellt, teils gekürzt. Die Abschnitte über Radwege und B96-Umfahrungen wurden eingefügt, der Teil des öffentlichen Nahverkehrs stark gekürzt. Da das Versuchsprojekt in Templin mit Fahrscheinlosem Nahverkehr gescheitert ist und die in Antrag 1 vorgeschlagene Alternativfinanzierung zu Lasten der Bürger ginge wurde der Abschnitt Fahrscheinloser Nahverkehr durch eine kurze Willensbekundung ersetzt.

Antrag 2014-007

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik

Öffentliche Ausgaben wohl überlegen und auf Einnahmen nicht verzichten

Schuldenabbau und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind wesentlich für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Wir setzen uns deshalb für eine sinnvolle und konsequente Einnahmen- und Ausgabenpolitik zur Sanierung der kommunalen Haushalte ein. Dies wird vom Landkreis Oberhavel derzeit weitgehend praktiziert, lässt aber noch in einigen Städten und Gemeinden zu wünschen übrig.

Wir fordern eine strikte Umsetzung des Steuerrechts. Wir sprechen uns gegen den Erlass oder die Niederschlagung von Forderungen gegen Steuerhinterzieher aus. Jedoch ist im Vorfeld zu prüfen, ob die Durchsetzung von Ansprüchen dem Wirtschaftlichkeitsgedanken zuwider läuft.

Wir fordern, dass bis zur endgültigen Sanierung der kommunalen Haushalte bei jeder öffentlichen Investition das unabdingbare Erfordernis der Maßnahme zu prüfen ist. Prestigeprojekte zu Lasten der Steuerzahler werden abgelehnt.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt unter strikter Einhaltung des Vergaberechts. Wir fordern zur Vermeidung von teuren Fehlkalkulationen vor Auftragsvergabe eine transparente und auch für den Laien nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erstellen.

Nutzung von freier Software in der öffentlichen Verwaltung

Die Nutzung von freier Software (Open Source Software) in öffentlichen Verwaltungen kann ein sinnvoller Ansatz zur Kostenreduzierung im Bereich der IT-Infrastruktur sein. Der flächendeckende Einsatz von Open Source Software z.B. im Office-Bereich der öffentlichen Verwaltungen im Kreis Oberhavel kann einen sinnvollen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung leisten.

Wir fordern deshalb die Umstellung auf Open Source Software oder, wenn Zweifel über die Wirtschaftlichkeit bestehen, die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen mit dem Ziel festzustellen, ob ein teilweiser oder vollständiger Umstieg auf Open Source Software in den Kommunalverwaltungen des Landkreises einen signifikanten positiven Effekt bei den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung erkennen lässt.

Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Wir fordern, dass Haushaltsrechnungen, Haushaltspläne und Unterlagen über die mittelfristige Finanzplanungen auf Kreis- und Gemeindeebene spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage an das zuständige Gremium digital und maschinenlesbar veröffentlicht werden. Sie sollen vollständig digital einsehbar und für interessierte Bürger(innen) barrierefrei auswertbar sein.

Unterlagen zur Haushaltsplanung sollen neben den Haushaltsansätzen des Vorjahres auch die Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres sowie die Haushaltsansätze des kommenden Haushaltsjahres enthalten. Vorbemerkungen, Erklärungen zu Deckungsfähigkeiten, vollständigen Begründungen je Einzelposition sowie die Anlagen zum Haushaltsplan sind ebenso digital auszuweisen.

Innovative Wirtschaftspolitik

Wir setzen uns für eine nachhaltige Stärkung des Kreises Oberhavel als dynamischer Wirtschaftsstandort ein. Neben klassischen Maßnahmen der Investitionsförderung zur Ansiedlung von Unternehmen in Fördergebieten sollen in der Strukturpolitik des Kreises auch neue Wege der dezentralen Produktion und des freien Austausches von Wissen berücksichtigt werden.

Selbständiges Unternehmertum ist eine wichtige Voraussetzung für eine kreative und eigenverantwortlich handelnde Gesellschaft. Wir sehen auch in kleinen, noch nicht etablierten Unternehmen Treiber von Innovation und qualitativem Wachstum im Dienst des Menschen und der Natur. Wir wollen Menschen unterstützen, die für sich den Weg in die Selbständigkeit wählen.

Wir sprechen uns deshalb für direkte Subventionen in Form von Fördermitteln oder Vergünstigungen an Unternehmen und Wirtschaftende aus, wenn diese sich zu einer strukturpolitisch sinnvollen Gegenleistung, z.B. der nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen, verpflichten.

Der wirtschaftliche Erfolg in der Informationsgesellschaft ist zunehmend von Wissen und Informationen, sowie deren Erschließung abhängig. Wir fordern deshalb eine Strukturpolitik, die nicht nur zukunftssträchtige Unternehmen fördert, sondern den Bildungsbereich als integralen Lösungsbestandteil begreift und entsprechend finanziell ausstattet.

Transparente Wirtschaftspolitik

Wir fordern ein grundsätzliches Recht der Bürger(innen) auf Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand. Auch die Verwendung von Haushaltsmitteln muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein.

Zur Korruptionsbekämpfung fordern wir, Ausschreibungskriterien so zu veröffentlichen - z.B. im Internet -, dass die Bürger(innen) den Entscheidungsprozess begleiten können. Weiterhin fordern wir eine öffentliche Angebotseröffnung und Auftragsvergabe. Diese sollen nach Möglichkeit im Internet live übertragen werden. Die Aufzeichnungen sollen aus Dokumentationsgründen archiviert und über die Internetportale der Kommunen bereitgestellt werden. Darüber hinaus fordern wir, durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

Breitband-Internet als wichtige Grundversorgung

Angesichts des enormen Innovationspotenzials muss man bei der Breitbandtechnologie von einer systemischen Infrastruktur sprechen. Eine Abkopplung von leistungsfähigen Breitbandangeboten wirkt für die Betroffenen diskriminierend. Unternehmen bleiben entscheidende Innovationspotenziale verwehrt. Sie können an der steigenden Verlagerung von Absatzwegen und Vernetzung nicht teilnehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit leidet.

Noch immer gibt es Gemeinden im Landkreis Oberhavel, in denen keine Breitbandversorgung zur Verfügung steht. Gegenüber gut versorgten Gebieten wird den dortigen Bürger(inne)n die sonst durch Nutzung des Internets übliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt.

Wir fordern deshalb die Bereitstellung der Breitbandversorgung als Universaldienst ein. Breitband soll wie Telefon, Wasser und Strom zur Grundversorgung für alle Haushalte erklärt werden.

Nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik

Kommunale Wasser-, Gas- und Stromversorgung soll nicht in den Händen marktorientierter Firmen, sondern im Einflussbereich demokratisch legitimierter Gremien liegen.

Die Piraten Oberhavel fordern eine nachhaltige, dezentralisierte Wasser- und Energiepolitik bereits auf Kreisebene. Wir treten daher für den Verbleib von Energienetzen in öffentlicher Hand bzw. - wo dies nicht der Fall ist - für die Rekommunalisierung der Energienetze ein.

Antragsbegründung

Die Begründung kann mündlich erfolgen.

Bemerkung

Dieser Antrag wurde aus dem Antrag 1, Abschnitt 5 (Wirtschaft und Finanzen) zusammengestellt, teils gekürzt.

Antrag 2014-008

Der Kreisparteitag wird gebeten folgenden Text in das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014 aufzunehmen. Zunächst ist über den kompletten Antrag abzustimmen. Falls dieser keine Mehrheit erhält, soll eine modulare Abstimmung erfolgen. Dabei ist jeder Satz und jede Überschrift als ein Modul zu betrachten:

Bildung als Zukunftsinvestition

Üblicherweise werden Standorte als zukunftsfähig betrachtet, an denen sich Industrie angesiedelt hat. Durch die globalen Märkte können sich aber Rentabilitäten von Produktionsfirmen und deren Arbeitsplatzsituation schnell ändern. Ein gutes Bildungssystem reicht darüber hinaus, da dadurch ein Standort für junge, an Bildung interessierte Menschen attraktiv wird. Auch durch die Nähe zu Großstadt und Natur werden sich junge Menschen bei guten Bildungsmöglichkeiten im Landkreis Oberhavel wohlfühlen und versuchen, sich hier ein angenehmes Wohn- und Arbeitsumfeld zu schaffen. Wir Piraten in Oberhavel sehen deswegen gute Bildungsmöglichkeiten als Zukunftsinvestition.

Stopp von Schulschließungen im ländlichen Raum

Je näher die Schulen am Wohnort der Schüler(innen) sind, desto mehr sind sie Bestandteil des täglichen Lebens. Schüler(innen) lernen Unabhängigkeit leichter, wenn sie ihre Schule zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen können oder wenn kurze Busfahrzeiten und regelmäßige Busse den Weg zur Schule überschaubar machen. Je mehr Schulen schließen, desto weiter wird der Weg zur Schule im Durchschnitt für die einzelnen Schüler(innen).

Über das Schicksal der Schulen darf nicht in einem fernen Schulamt entschieden werden. Wir Piraten in Oberhavel werden uns gegen Schließungen von Schulen einsetzen, die nur deswegen beschlossen werden, weil beispielsweise eine erste Klasse weniger als 20 Schüler(innen) hat. Es gibt gute Erfahrungen, beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern, dass auch Kleinstschulen eine sinnvolle Arbeit leisten können. Warum soll also in Oberhavel nicht eine Schule mit beispielsweise 15 Schüler(innen) pro Jahrgang möglich sein? Letztendlich würde vielleicht mehr für Personal pro Schüler(in) ausgegeben werden, die Kosten für die täglichen Busfahrten wären aber deutlich geringer.

Schulangebote müssen erreichbar sein, Fahrtzeiten gering

Sinnvolle Ansätze wie Ganztagschulen und Wahlpflichtfächer müssen für alle Schüler(innen) erreichbar sein. Das bedeutet, dass danach noch Busse fahren. Diese Investition in Bildung hat nach Meinung der Piraten in Oberhavel Priorität gegenüber einer Sparsamkeit am falschen Ende. Oberhavel muss für Eltern und Schüler(innen) attraktiv bleiben oder besser noch attraktiver werden. Dazu gehört auch, dass der Schulweg nicht eine Stunde und mehr beträgt, sondern möglichst deutlich darunter.

Sozialarbeiter und Stützpädagogen gehören zum festen Personal

An fast allen Schulen gibt es soziale Probleme, nicht nur in den sozialen Brennpunkten. Sozialarbeiter können diese auffangen und sollten deswegen auch an jeder Schule präsent sein. Deren Einsatz sollte weitgehend von ihnen selbst bestimmt werden können, nicht in erster Linie von den Klassenlehrern.

Inklusion funktioniert nicht unvorbereitet. Lehrkräfte müssen darauf vorbereitet werden und Stützpädagogen müssen zur Förderung von Kindern, deren Lernentwicklung erschwert ist, fester Bestandteil des Personals sein. Andererseits sollten auch hochbegabte Kinder individuelle Ansporne erhalten und zur solidarischen Unterstützung ihrer Altersgenossen ermuntert werden.

Selbstbestimmte Schulen

Wir Piraten in Oberhavel unterstützen größere Ermessungsspielräume der Schulen. Über ihre pädagogischen und inhaltlichen Schwerpunkte sowie über das einzustellende Personal sollen sie weitgehend selbst entscheiden können. Kommunen und Schulen sollen Partner werden.

Antragsbegründung

Die Begründung kann mündlich erfolgen.

Bemerkung

Dieser Antrag wurde in großen Teilen aufgrund von programmatischen Stichworten von Frank Görden formuliert.

Antrag 2014-009

Satzungsänderungsantrag; keine kommunalpolitische Relevanz. Antrag wurde deshalb auf die letzten Seiten verschoben.

Antrag 2014-010

Landwirtschaft in Oberhavel

Finanzielle Mittel für landwirtschaftliche Betriebe und Organisationen, die Ihren Betrieb für die Verbraucher öffnen und zum Outdoor-Klassenzimmer für Schulen machen.

Antragsbegehren

Der Kreisparteitag möge beschließen, an geeigneter Stelle des Wahlprogrammes, nachfolgende Forderung einzutragen.

Die Piraten setzen sich für die Öffnung der landwirtschaftlichen Betriebe für die Bevölkerung ein. Den Menschen im Kreis OHV sollen die Vorteile einer ortsnahen Versorgung mit Lebensmitteln bewusst gemacht werden. Dazu muss eine ausreichende Information und Ausbildung/Schulung der jüngsten Verbraucher in den Schulen und der Erwachsenen, über alle Formen der Medien und in Kursen erfolgen. Dazu gilt es finanzielle Mittel im Rahmen der Möglichkeiten des Kreises OHV, für die, dazu bereiten Betriebe und Organisationen, bereit zu stellen.

Antragsbegründung

1. Es gilt über das ganze Jahr, die Transparenz der landwirtschaftlichen Produktion und Bindung der Verbraucher an die Regionalen Produkte zu fördern.
2. Die Förderung des Verständnisses für die Zusammenhänge von Natur, Ernährung und Umwelt steht im öffentlichen Interesse!
3. Die Ausweitung der regionalen Versorgung mit ortsnahen Produkten und der Biolandwirtschaft, durch bewusst machen der Zusammenhänge, stehen im Einklang mit den Forderungen im Landes- und Bundesprogramm der Piratenpartei.

Antrag 2014-011

Hiermit beantrage ich den nachfolgenden Text, als Grundsatzpapier, an geeigneter Stelle in das Programm der Piratenpartei aufzunehmen.

Situation der Landwirtschaft in OHV aus Sicht der Piraten:

Die Landwirtschaftlichen Betriebe in OHV produzieren Lebensmittel nach den strengen Richtlinien Deutschlands und der EU. Darin sind die Vorgaben einer guten landwirtschaftlichen Praxis und die verbindlichen Vorgaben aus der Düngerverordnung verankert. Sie liefern hochwertige Produkte zu Preisen, die im Durchschnitt der letzten 10 Jahre an der unteren Grenze des Möglichen stehen.

Ohne die EU Flächenprämie und Mittel aus der zweiten Säule, haben die Betriebe in Brandenburg /OHV bei den derzeitigen Preisen keine Überlebenschance.

Dies gilt für arbeitsintensive Betriebsformen bei den Großbetrieben ebenso wie für kleine und mittlere Familienbetriebe. Dies gilt auch für alle Betriebe, die sich den Anforderungen des biologischen Anbaues unterwerfen.

Die Höchstpreise für Getreide in 2007 sowie 2011 und mittleren Preise in den letzten 6 Monaten beweisen, dass das Preisniveau nicht in Abhängigkeit mit der Erzeugung von Biomasse steht. Ausschließlich die Spekulationen sowie Informationen(Ernteprognosen, Krankheiten, Seuchen Vergiftungen, Lieferstops) und dann die tatsächliche Meldung der Welternte-Mengen, entscheiden über den Preis an den Börsen.

Es gilt die Arbeit der Landwirte und Ihrer Mitarbeiter wert zu schätzen.

Einen Teil der Wertschätzung spiegeln Umfragen verschiedener Auftraggeber in 2009-2011 wieder:

- 31 % der Verbraucher mit den Lebensmitteln sehr zufrieden sind 60 % zufrieden und nur 8 % unzufrieden, 1% hatte keine Meinung dazu.
- Alle Food-Kaufhäuser erhielten eine Note von durchschnittlich 2,28 = gut, für Ihre Produkte und Verkaufsauslage.
- 70 % der Verbraucher wollen wissen, wie viel Kohlendioxid für Produktion und Transport eines Produkts anfällt und sind bereit für regionale Produkte tiefer in die Tasche zu greifen.

Einzelbetriebe(schwarze Schafe) dürfen nicht verallgemeinert werden. Bei diesen müssen nur die vorhandenen Gesetze, Richtlinien und Strafmaßnahmen angewendet werden. Dazu müssen aber die amtlichen Stellen mit ausreichend Personal besetzt werden.

Dies ist eine Forderung der Piraten an die personalentscheidenden Gremien und Institutionen.

Die Art und Weise der Produktion von Lebensmitteln in der Landwirtschaft trägt, durch rasante Entwicklungsfortschritte bei der Elektronik und Sensortechnik, in allen Bereichen der Produktionsüberwachung und in den Arbeitsmaschinen zu immer mehr Schonung unserer Umwelt bei. (Das nennt man heute Präzisionsfarming). Die Netto N-Bilanz ist dadurch von +120 kg in 1985 auf heute +60kg N/ha gesunken. Das Ziel der nächsten Jahre ist +40 kg/ha. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Schutz des Grundwasser und unserer Seen geleistet.

Die oberhaveler Landwirtschaft bietet alle Strukturen und Produktionsformen, die zu einer vielfältigen landwirtschaftlichen Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche gehören. Die Betriebe und Mitarbeiter tragen wesentlich zur Sozialentwicklung und den Zusammenhalt in den Dörfern bei.

In der Bevölkerung fordert ein sehr hoher % Anteil die Produktionsform der Biolandwirtschaft, aber der Anteil am Lebensmittelumsatz beträgt leider nur 7,5 Mrd. €, das entspricht 5% in den Märkten! Auf der Rohstoffseite erarbeiteten 22.500 Biobauern in Deutschland einen Erlös von 1,39 Mrd. Euro (+100 Mio. Euro im Vergleich zu 2010) laut Strukturdatenerhebung der AMI

In Brandenburg arbeiten 660 Betriebe im Biolandbau mit 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Rückgang der biolandwirtschaftlich genutzten Fläche: In den letzten Jahren, sind die Biomärkte und Bioregale der Großmärkte, mit preiswerten Produkten aus der EU (produziert nach BIO EU Norm aber nicht nach BIOLAND oder DEMETER Richtlinien) beliefert worden. Hier haben die neuen EU Länder in Osteuropa einen großen Marktanteil. Diesem Preisdruck können die deutschen Biolandwirte nicht standhalten (z.B.: Löhne in Polen 12-16 ZL/Std = 3-4 €/Std). Diese Tatsache und die Einstellung der Förderung umstellungswilliger Betriebe in Brandenburg, durch die Landesregierung, sind die Gründe dafür, dass die landwirtschaftliche Fläche, die nach Bio Richtlinien bewirtschaftet wird, in Brandenburg rückläufig ist. Dieser Unterschied kann nur durch Bundes- oder EU-Mittel ausgeglichen werden. (Verlagerung in die zweite Säule).

Die Piratenpartei Oberhavel setzt sich dafür ein:

1. Das die Landesregierung wieder eine Förderung zur Umstellung auf biologische Bewirtschaftung bereitstellt.
2. Das mit den Landwirten aller Betriebsgrößen, dem Bauernverband und den Verbrauchern Lösungsansätze gesucht werden, die den vorhandenen Betriebsstrukturen, den unterschiedlichen Produktionsformen und den Forderungen der Verbraucher gerecht werden.
3. Das den Betrieben, mit wenig Fläche und solchen, die ihr Produktionsverfahren ändern und die Vermarktung selbst organisieren wollen, im Rahmen der Möglichkeiten aus Kreismitteln, Ausbildung, Beratung und Hilfestellungen in Anspruch nehmen können.

Antragsbegründung

Der Kreis Oberhavel ist eine landwirtschaftlich geprägte Landschaft, mit 395 Betrieben und ca. 1700 Arbeitskräften, die neben der Produktion von Rohstoffen für die Nahrungsmittelherstellung einen großen Beitrag zur Pflege der Natur, Flur und Fauna leisten. Hinzu kommen die Arbeitsplätze des weiterverarbeitenden Gewerbes.

Die Aufnahme dieses Positionspapieres macht deutlich, dass die Piraten bereit sind, das in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Thema Landwirtschaft und Umwelt, sachlich, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und nicht über deren Köpfe hinweg, neue, nötige politische Lösungen zu erarbeiten.

Antrag 2014-009

Satzungsänderungsantrag

Der Kreisparteitag möge folgende neue Satzung für den Kreisverband Oberhavel beschließen:

Da die Änderungen in direktem Zusammenhang stehen, wird nur **ein** Änderungsantrag gestellt. Für den Fall, dass der Antrag wegen einzelner Formulierungen nicht angenommen werden sollte, wird hilfsweise beantragt, die Änderungen zu den einzelnen Bestimmungen als jeweils eigenen Satzungsänderungsantrag zu behandeln.

Hinweis: Folgende Änderungen der bestehenden Satzung sollen vorgenommen werden:

1. Die Satzung wird durch Vorschriften zu Kassenprüfern (Neu: § 12) und Rechnungsprüfern (Neu: § 13) erweitert.
2. Es werden redaktionelle Änderungen vorgenommen.
3. Die §§ 2 und 9 werden neu gefasst.

Satzung

des Kreisverbandes Oberhavel
der Piratenpartei Brandenburg
beschlossen vom Kreisparteitag am 22.03.2014 in Oranienburg

Abschnitt 1 - Der Kreisverband

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Kreisverband Oberhavel (Kurzbezeichnung: PIRATEN Oberhavel) der Piratenpartei Deutschland, im Folgenden Kreisverband genannt, ist eine Gliederung des Landesverbands Brandenburg der Piratenpartei Deutschland.

(2) ¹Der Sitz des Kreisverbandes ist Oranienburg. ²Der Sitz der Kreisgeschäftsstelle wird durch die Geschäftsordnung festgelegt.

(3) Das Tätigkeitsgebiet des Kreisverbandes ist der Landkreis Oberhavel.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Kreisverbandes sind die Mitglieder der Piratenpartei Deutschland, die ihren Wohnsitz im Tätigkeitsgebiet desselben haben.

Hinweis: Neufassung

(2) ¹Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand des Kreisverbandes Oberhavel nach Anhörung des Landesvorstandes.

²Der Landesvorstand kann sich innerhalb von 14 Tagen zum Aufnahmeantrag äußern.

Hinweis: Ende der Neufassung

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

(4) Im Übrigen gelten die §§ 2, 3 und 5 der Bundessatzung in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(5) Sämtliche in dieser Satzung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Menschen jeden Geschlechts, ungeachtet der jeweils, zur Vereinfachung der Lesbarkeit, gewählten generischen Femina, Maskulina oder Neutra.

§ 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die grundlegenden Rechte und Pflichten sind in der Bundessatzung geregelt.

(2) ¹Jedes Mitglied hat auf der Hauptversammlung und in öffentlichen Vorstandssitzungen das Recht der freien Rede. ²Die Bemessung der Redezeit wird durch die Geschäftsordnung des jeweiligen Organs geregelt.

(3) Jedes Mitglied hat im Rahmen dieser Satzung das Recht, Anträge einzubringen und diese zur Abstimmung stellen zu lassen.

(4) Die Stimmberechtigung der Mitglieder ist in § 3 Absatz 4 der Landessatzung abschließend geregelt.

§ 4 Ordnungsmaßnahmen

(1) Verstößt ein Pirat gegen Satzungsbestimmungen oder gegen Grundsätze oder Ordnung der Piratenpartei Deutschland und fügt ihr damit Schaden zu, so können folgende Ordnungsmaßnahmen verhängt werden: Verwarnung, Verweis, Enthebung von einem Parteiamt.

(2) ¹Die in Absatz 1 genannten Ordnungsmaßnahmen werden vom Kreisvorstand angeordnet. ²Über ein Verhalten, das der Sanktionierung durch die Ordnungsmaßnahme, der Aberkennung der Fähigkeit ein Parteiamt zu bekleiden, oder die des Ausschlusses aus der Piratenpartei Deutschland bedarf, ist dem Landesvorstand zu berichten, der darüber entscheidet, ob diese Ordnungsmaßnahme verhängt oder bei dem zuständigen Schiedsgericht beantragt wird.

(3) Der Einspruch gegen die Enthebung von einem Parteiamt hat zur Folge, dass die Ordnungsmaßnahme bis zur abschließenden Entscheidung des Schiedsgerichtes keine Wirkung entfaltet.

(4) ¹In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Kreisvorstand ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ausschließen. ²Die etwaig bestehende Möglichkeit beim zuständigen Schiedsgericht eine einstweilige Aufhebung dieser Ausschlussmaßnahme zu beantragen, bleibt unberührt.

(5) Die Gliederungen unterhalb des Kreisverbandes können entsprechende Bestimmungen in ihre Satzungen aufnehmen.

(6) ¹Zu Ordnungsmaßnahmen gegenüber nachgeordneten Gebietsverbänden ist der Kreisvorstand nicht befugt. ²Absatz 2 Satz 2 findet entsprechende Anwendung

(7) Gegen Ordnungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 und 5 wird die Anrufung eines Schiedsgerichtes sowie die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe nach Maßgabe der Schiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung gewährleistet.

Abschnitt 2 - Die Organe des Kreisverbandes

§ 5 Organe des Kreisverbandes

(1) Organe des Kreisverbandes sind die Gründungsversammlung, die Hauptversammlung und der Kreisvorstand.

(2) Auf Beschluss der Hauptversammlung hin, kann ein Schiedsgericht errichtet werden, das auf Grundlage der Schiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung tätig wird.

(3) Die Gründungsversammlung tagt nur einmal und zwar am 3. Dezember 2009.

Unterabschnitt 1 - Die Hauptversammlung

§ 6 Die Hauptversammlung

(1) ¹Die Hauptversammlung ist die Mitgliederversammlung der Mitglieder des Kreisverbandes und dessen oberstes Organ.

(2) Die Einberufung erfolgt aufgrund eines Vorstandsbeschlusses oder auf Antrag von einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder des Kreisverbandes.

(3) ¹Der Kreisvorstand lädt drei Wochen vor Tagungsbeginn unter Angabe des Tagungsortes, der Uhrzeit und der vorläufigen Tagesordnung ein.

(4) ¹Die Einladung erfolgt durch E-Mail an die Mitglieder. ²Einer Signatur nach § 126a Absatz 1 BGB in Verbindung mit dem Signaturgesetz bedarf es nicht. ³Es obliegt den Mitgliedern, dem Vorstand ihre aktuelle E-Mail-Adresse mitzuteilen und die technischen Zugangsvoraussetzungen in ihrem Bereich selbst sicherzustellen. ⁴Ist die E-Mail an die vom Mitglied mitgeteilte E-Mail-Adresse nicht zustellbar, so genügt der Vorstand seiner Einladungspflicht mit der Veröffentlichung des Inhaltes der

Tagesordnung gemäß Absatz 3 auf der Hauptseite des Kreisverbandes Oberhavel im Landeswiki.

⁵Alternativ kann die Einladung auch durch einfachen Brief übermittelt werden.

(5) ¹Sofern dies geboten ist, enthält die vorläufige Tagesordnung nach Absatz 3 zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten eine kurze Beschreibung der zu behandelnden Angelegenheiten. ²Bei Wahlen enthält sie die genaue Bezeichnung der Ämter oder Listenplätze und deren Anzahl; ist hierzu eine Beschlussfassung der Mitglieder geboten, so enthält sie hierauf einen Hinweis.

(6) Die Hauptversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7 Tagung

¹Die Hauptversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. ²Die §§ 10, 11 Absatz 2, 24 sowie die Absätze 1 und 3 des § 12 der Landessatzung in der jeweils geltenden Fassung finden entsprechende Anwendung. Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Hinweis: Redaktionelle Änderung

(2) Entfällt.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderung

§ 8 Aufgaben

(1) ¹Die Hauptversammlung nimmt bei Ablauf der Wahlperiode den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes entgegen und entscheidet daraufhin über seine Entlastung. ²Vor der Beschlussfassung über den finanziellen Teil des Vorstandsberichtes nimmt er den Bericht der Kassenprüfer, und sofern solche gewählt wurden, den der Rechnungsprüfer, entgegen.

(2) Die Hauptversammlung beschließt ein Programm, das seine wesentlichen Grundlagen in den Programmen des Landesverbandes und der Bundespartei findet.

(3) ¹Die Hauptversammlung beschließt insbesondere über die Satzung. ²Soll von wesentlichen Grundgedanken der Landessatzung abgewichen werden, stellt der Kreisvorstand die beabsichtigten Satzungsänderungen zunächst einem - vom Landesvorstand zu bestellenden - Fachgremium vor.

Hinweis: Redaktionelle Änderung

(4) ¹Die Hauptversammlung wählt den Kreisvorstand und - sofern errichtet - das Kreisschiedsgericht.

²Sie wählt einen oder mehrere Kassenprüfer. ³Darüber hinaus kann die Hauptversammlung beschließen, Rechnungsprüfer im Sinne der Landessatzung zu wählen. ⁴Bei einer Entscheidung für die Wahl von Rechnungsprüfern sind dann zwei Rechnungsprüfer zu wählen, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür bestehen, dass von den Kassenprüfern keine ordnungsgemäße Kassenprüfung durchgeführt wurde.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderung

(5) Die Hauptversammlung richtet unter Beachtung der einschlägigen Gesetze die Aufstellungsversammlungen von Wahlkreisbewerbern für Wahlen zu Volksvertretungen aus, sofern durch den Landesvorstand keine gemeinsame Landesversammlung gemäß § 25 Absatz 5 der Landessatzung durchgeführt wird.

§ 9 Anträge und Rederecht

Hinweis: Neufassung

(1) ¹Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung gesetzt werden sollen, können im laufenden Jahr gestellt werden, spätestens jedoch sind sie **eine Woche** vor Tagungsbeginn der kommenden Hauptversammlung direkt beim Kreisvorstand schriftlich einzureichen. ²Die Schriftform gilt auch als gewahrt, wenn der Antrag per Email oder über die Wikiseite „Anträge“ des Kreisverbandes an den Vorstand eingereicht wird. ³Später eingegangene Anträge können nur mit mehrheitlicher Zustimmung des Kreisparteitages behandelt werden. ⁴Änderungen an fristgerecht eingegangenen Anträgen sind jederzeit möglich. ⁵ Alle eingegangenen Anträge werden spätestens fünf Tage vor der Hauptversammlung vom Kreisvorstand im vollständigen Wortlaut veröffentlicht.

Hinweis: Ende der Neufassung

Hinweis: Redaktionelle Änderung

(2)§ 15 Absatz 2, 3, 5 und 6 der Landessatzung in der jeweils geltenden Fassung finden entsprechende Anwendung.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderung

§ 10 Wahlverfahren

Hinweis: Redaktionelle Änderungen

Für die Verfahren Approval-Voting und Gesamtwahl ist in dem Fall, dass mehrere Stimmen auf einem Stimmzettel abgegeben werden können, die Anzahl der abgegebenen Stimmzettel für die Berechnung der Anzahl der abgegebenen Stimmen maßgeblich.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderungen

Unterabschnitt 2 – Parteigremien und Parteiämter

§ 11 Der Kreisvorstand

Hinweis: Redaktionelle Änderungen

(1) Der Kreisvorstand wird für die Dauer eines Jahres gewählt. Seine ordentliche Neuwahl findet einmal im Kalenderjahr statt. Der Kreisvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Kreisvorstands im Amt.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderungen

(2) Der Kreisvorstand besteht zum Zeitpunkt der Wahl mindestens aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden,
- b) dem 2. Vorsitzenden,
- c) dem Schatzmeister, der die Bezeichnung Kassenwart führt,
- d) keinem oder einer geraden Anzahl an Beisitzern, deren Anzahl durch Beschluss der Hauptversammlung festgelegt wird.

(3) Der Kreisverband wird nach innen und außen von einem der Vorsitzenden zusammen mit dem Schatzmeister oder einem anderen Mitglied des in Absatz 1 aufgeführten Kreisvorstandes vertreten.

(4) Der Vorstand führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse der Parteiorgane und ist an diese im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland gebunden.

Hinweis: Redaktionelle Änderung

(5) Der Kreisvorstand ist gehalten, auf Wunsch der in der jeweiligen Kommune wohnhaften Mitglieder, Aufstellungsversammlungen auszurichten, auf denen Bewerber zu Kommunalvertretungen im Tätigkeitsgebiet des Kreisverbandes aufgestellt werden.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderungen

(6) ¹Die §§ 18 bis 20 der Landessatzung finden entsprechende Anwendung. ²An die Stelle des Bundesvorstandes tritt der Landesvorstand; an die Stelle des Landesparteitages tritt die Hauptversammlung.

(7) Der Schatzmeister ist gegenüber den Kreditinstituten einzelvertretungsberechtigt.

Hinweis: Neufassung

§ 12 Kassenprüfer

(1) ¹Die von der Hauptversammlung gewählten Kassenprüfer führen in regelmäßigen Abständen eine Prüfung der Finanzen und des Vermögens des Kreisverbandes durch. ²Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig zu übergeben sind. ³Etwa zwei Wochen vor der jährlichen Hauptversammlung mit Vorstandswahl führen sie die letzte Vorprüfung des finanziellen Teils des Tätigkeitsberichtes für die folgende Hauptversammlung durch.

(2) Die Kassenprüfer übernehmen die Aufgaben aus § 9 Absatz 5 Satz 2 PartG, sofern diese Aufgabe nicht den Rechnungsprüfern im Sinne der Landessatzung übertragen wurde.

(3) Die Amtszeit der Kassenprüfer entspricht der des Vorstandes.

(4) ¹Werden keine Kassenprüfer gewählt, wird diese Aufgabe von dem oder den Kassenprüfern/innen des Landesverbandes Brandenburg wahrgenommen. ²Diese sind umgehend durch den Kreisvorstand zu informieren.

Hinweis: Ende der Neufassung

Hinweis: Neufassung

§ 13 Rechnungsprüfer

(1) Den von der Hauptversammlung gewählten Rechnungsprüfern sind unmittelbar nach ihrer Wahl alle finanzrelevanten Unterlagen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben der Amtszeit des bisherigen Vorstandes und das Vermögen des Kreisverbandes, am Tagungsort der Hauptversammlung vorzulegen.

(2) Sie nehmen die Prüfung der Kasse für den Zeitraum seit der letzten Kassenprüfung vor und berichten der Hauptversammlung vor Entlastung des Vorstandes.

(3) Die Amtszeit der Rechnungsprüfer endet mit deren Entlassung durch die Hauptversammlung.

Hinweis: Ende der Neufassung

Hinweis: Redaktionelle Änderungen

§ 14 Pflichten der Inhaber von Parteiämtern

(1) ¹Die §§ 29, 30 und 31 der Landessatzung in der jeweils geltenden Fassung finden entsprechende Anwendung. ²Die Datenschutz-Richtlinie des Landesverbandes im Sinne des § 30 Absatz 3 findet unmittelbare Anwendung.

Abschnitt 3 - Satzung, Programm und Auflösung

§ 15 Satzungs- und Programmänderung

(1) ¹Diese Satzung kann, sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, von der Hauptversammlung mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder geändert werden. ²Die mit Satzungsänderungen beabsichtigten Änderungen des Namens, des Zweckes, einschließlich des Tätigkeitsgebietes, bedürfen ebenfalls dieser Zweidrittelmehrheit.

(2) Auf der Gründungsversammlung sind Anträge, einschließlich Satzungsänderungsanträgen, ohne Einhaltung einer Frist zulässig.

(3) ¹Das Grundsatz- und Wahlprogramm wird vom Landesverband übernommen und kann um kommunale oder den Landkreis betreffende Themen ergänzt werden. ²Solche Ergänzungen können nur von der Hauptversammlung mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. ³Dabei werden Enthaltungen nicht gezählt.

(4) ¹Für Urabstimmungen, Auflösung und Verschmelzung finden die einschlägigen Bestimmungen der Landessatzung entsprechende Anwendung. ²§ 28 Absatz 4 der Landessatzung findet keine Anwendung. ³Bei einer Auflösung fällt das Vermögen des Kreisverbandes dem Landesverband Brandenburg zu.

Abschnitt 4 - Schlussbestimmungen

§ 16 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am **[Datum]** in Kraft.

(2) Sollte eine Bestimmung dieser Satzung undurchführbar sein, findet die einschlägige Bestimmung der Landessatzung in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

Hinweis: Ende der redaktionellen Änderungen

Antragsbegründung

Die Satzung wurde modernisiert und überwiegend redaktionell überarbeitet.

Für Kassenprüfer und Rechnungsprüfer wurden eigene §§ zur Konkretisierung der Aufgaben eingefügt bzw. bisherige Satzungsbestimmungen zusammengeführt.

Neu ist:

In § 2 Absatz 2 wurden die Regelungen zur Mitgliedschaft geändert.

Die bisherige Regelung § 2 Abs.2 Sätze 1 und 2 der Satzung des Kreisverbandes ist lückenhaft. Es ist unsicher, was zu passieren hat, wenn sich der Landesvorstand zu einem Aufnahmeantrag abschlägig äußert, die Gliederung (KV) aber aufnehmen will.

Nach der Bundessatzung der Piratenpartei - § 3 – Erwerb der Mitgliedschaft – wird die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland auf Grundlage der Bundessatzung erworben. Nach der Gründung niederer Gliederungen wird die Mitgliedschaft bei der **niedrigsten Parteigliederung** erworben. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand der zuständigen Gliederung, so lange die Satzung der Gliederung nichts anderes bestimmt.

In der Bundessatzung ist damit geregelt, dass der Vorstand des Kreisverbandes die Entscheidung über den Mitgliedsantrag trifft, wenn die antragstellende Person im Zuständigkeitsbereich des

Kreisverbandes ihren Wohnsitz hat und in der Satzung des Kreisverbandes keine anderslautende Regelung getroffen wird.

Durch die Neuregelung wird eine klare Zuständigkeit über die Entscheidungsbefugnis über einen Aufnahmeantrag gesetzt. Der Kreisverband ist zuständig. Die gegenwärtig bestehende Unklarheit über die Verfahrensweise wird durch die Neuregelung in der Satzung beseitigt.

Durch die Verpflichtung zur Anhörung des Landesvorstandes wird sichergestellt, dass etwaige Einwendungen des Landesvorstandes bei der Beschlussfassung durch den Kreisvorstand bekannt sind und berücksichtigt werden können.

In § 9 wurden die Fristen zur Einreichung von Anträgen angepasst und verkürzt.

Es gibt keinen schlüssigen Grund, weshalb wie bisher festgelegt, Anträge vier Wochen vor Tagungsbeginn einzureichen sind. Auch ist nicht erkennbar, weshalb Satzungs- bzw. Programmänderungsanträge in Bezug auf die Antragsfrist unterschiedlich zu behandeln sind. Der Änderungsantrag soll hier ein einheitliches Verfahren gewährleisten und das Antragsverfahren direkt in der Satzung konkretisieren.